

AUSGABE 320 01.2025

AUFTRAG

VERBANDSZEITSCHRIFT

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Die neuen Fronten im
digitalen Zeitalter

CYBER- UND INFORMATIONSKRIEGE

Trump 2.0

WENDEPUNKT IN DEN TRANSATLANTISCHEN VERTEIDIGUNGSBEZIEHUNGEN?



Im Sinne von Ressourcenschonung und Umweltschutz haben wir geprüft, wie Papier, Energie und Farbe eingespart werden können. Auch die CO₂-Emissionen bei der postalischen Zustellung stehen im Fokus. Angesichts steigender Kosten suchen wir nach Wegen zur Senkung von Druck- und Versandkosten. Nach intensiven Überlegungen haben wir nun ein attraktives Angebot für Sie:

Ab Heft 2/2024 wird der AUFTRAG hybrid, also sowohl in gedruckter Form als auch digital, erscheinen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wenn ja, freuen wir uns auf Ihre E-Mail an bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de, um sich für den digitalen AUFTRAG anzumelden.

W

Werte Leserinnen und Leser,
Kameradinnen und Kameraden!

Ob politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich – Situationen scheinen nicht mehr berechenbar. Die Welt, wie wir sie einst zu kennen glaubten, lebt im Umbruch. Neu ist ein solcher Umbruch aber nicht. Neu ist der Umgang – er wirkt direkter und schroffer, frei von Schablonen, disharmonisch. Insbesondere innerhalb der sozialen Medien, im Cyberraum, ist uns die Zielrichtung der diversen Botschaften dabei nicht immer klar – bewusst oder unbewusst werden sie teilweise verworren kommuniziert und bringen Instabilität und Unruhe. Stabilität oder Ruhe in solchen Zeiten zu finden wird immer herausfordernder. Es ist aber nicht unmöglich. Bereits in der Corona-Pandemie haben wir schmerzlich gelernt, dass nur Konstanten uns Halt schenken. Gott stellt sich dabei als wesentlich im Leben von uns Katholiken dar. So heißt es: „Gott ist die Liebe.“ Wenn wir handeln in Gottes Sinne, werden wir immer auf dem rechten Pfad sein, werden wir immer gesegnet und behütet sein. Neben der Verpflichtung als Soldat ergibt sich die grundsätzliche Pflicht des nachhaltigen Handelns. Wir müssen mit allem, was Gott uns gegeben hat, unserer Pflicht nachkommen, den Frieden nachhaltig zu verteidigen: Einerseits haben wir als Menschen selbst als Bestandteil der Schöpfung eine Verantwortung vor uns selbst und anderen; andererseits tragen wir für die Schöpfung Verantwortung, weil wir, „nach Gottes Abbild geschaffen, von ihm gleichsam als Statthalter und Hüter über die Schöpfung eingesetzt wurden“. Dieser Schöpfungsauftrag darf dabei nicht als selbstverständlich wahrgenommen werden; der generelle bewusste Umgang mit den uns zur Verfügung gestellten Ressourcen gilt hierbei als



Foto: Major Dr. Bach-Sliwinski

Major Dr. Bach-Sliwinski
Stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS

die zentrale These des Christentums – wir als katholische Soldaten verstehen das vielleicht besser als andere. Das Heilige Jahr 2025 wird geprägt durch das Leitwort „Pilger der Hoffnung“. Mit diesem AUFTRAG wagen wir einen Aufschlag in dieser Umbruchphase. Wir versuchen, Orientierung zu geben für den Halt, der uns allen eigentlich bewusst ist, nur manchmal ob der Hektik des Alltags in den Hintergrund der Geschehnisse rückt. Der Fokus ist hierbei gerichtet auf die Landes- und Bündnisverteidigung; der Blick in die Zukunft: hoffnungsvoll. Nach Baudissin heißt es, dass die politische Führung das militärische Instrument immer fest in der Hand halten soll. Vielleicht mag der eine oder andere Funktionsträger die Ausgaben in diesem Jahr lesen und sich daran erinnern, wenn es um die Entscheidungsfindung geht. Denn sie muss dabei immer dem übergeordneten Ziel untergeordnet sein: unserem Schöpfungsauftrag.

Vertrauen in Gott auf all Ihren Wegen
wünscht hochachtungsvoll,
Nora Bach-Sliwinski



Themen der Ausgabe –

– und warum wir sie gewählt haben:

01

Transatlantische Sicherheit im Wandel: Chancen und Herausforderungen einer neuen Ära

Die transatlantische Sicherheit steht vor beispiellosen Herausforderungen: Verlässlichkeit, gemeinsame Verteidigung und strategische Partnerschaften werden auf eine harte Probe gestellt. Während Europa seine eigene Verteidigungsfähigkeit stärken muss, wandert der Fokus der USA zunehmend in den Indo-Pazifik – mit Folgen für das transatlantische Bündnis. Ist das Ende einer Ära eingeläutet oder liegt darin auch die Chance für eine neue, eigenständige europäische Sicherheitsstrategie? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen entscheidet sich jetzt – zwischen Abhängigkeit, Eigeninitiative und globaler Verantwortung.

02

Regionale Herausforderungen

Die baltische Front im geopolitischen Wandel

Inmitten eines komplexen und sich ständig wandelnden geopolitischen Gefüges stehen die baltischen Staaten an vorderster Front: Sie sind Zeugen und Akteure in einem globalen Machtspiel, bei dem Verteidigungsausgaben steigen, hybride Bedrohungen zunehmen und die Unsicherheit über die Zukunft Europas wächst. Während Russland seine Macht ausbaut und die westliche Gemeinschaft auf die Probe stellt, fordert die Region klare Antworten, entschlossene Maßnahmen und eine gemeinsame europäische sowie transatlantische Strategie. Doch wie viel Risiko ist vertretbar, welche Allianzen sind noch verlässlich und welche Wege führen zu einer stabileren, resilienteren Sicherheitsordnung?



03

Sicherheit in Zeiten des Wandels

Herausforderungen und Strategien für eine starke Verteidigung

Die strukturelle Stärkung der Bundeswehr, die Sicherstellung ausreichenden Personals und moderner Ausrüstung sowie das Vertrauen in politische Entscheidungen sind notwendig für eine glaubwürdige Verteidigung. Während sich die Bedrohungslage durch Russland verschärft, wächst auch der Druck auf Politik und Gesellschaft, klare Prioritäten zu setzen, Ressourcen verantwortungsvoll einzusetzen und gemeinsam für Sicherheit zu sorgen. Denn nur mit einer starken, gut ausgestatteten Verteidigung kann Europa seine Stabilität bewahren und den Herausforderungen der Zukunft begegnen.

GKS-Angebot

GKS-Seminar zur Dritten Lebensphase

Für Soldatinnen und Soldaten, die in den kommenden drei Jahren aus dem Dienst ausscheiden, und ihre Partnerinnen und Partner bieten wir zweimal im Jahr ein 4-Tages-Seminar an bei dem Informationen und Tipps in den Bereichen Älterwerden aus medizinischer und rechtlicher Sicht, Pflege, Vorsorgevollmachten und Versorgungs- und Sozialrecht vermittelt werden. Darüber hinaus befassen wir uns intensiv mit den Herausforderungen und Chancen dieses neuen Lebensabschnitts.

Termine in 2026 und 2027 sind noch frei, die Anmeldung ab sofort möglich. Weitere Infos: <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/3-lebensphase>



18

Die neuen Fronten im digitalen Zeitalter:

Cyber- und Informationskriege

Die moderne Welt befindet sich mitten in einem unsichtbaren Krieg. Er findet parallel zu klassischen Militäreinsätzen statt: Der Cyberraum und der Informationsraum sind zu einem Ort des Kampfes geworden. Dabei geht es nicht nur um Cyberangriffe auf Netzwerke, sondern auch um den gezielten Einfluss auf unsere Meinungen und Wahrnehmungen. Zu diesem Zweck werden verschiedene Strategien der kognitiven Kriegsführung eingesetzt.

Blitzlichter GKS

- 08 Rückblick auf die GKS-Akademie
Personen aus der GKS
- 10 **Wir haben gewählt:** Der neue stellvertretende Bundesvorstand stellt sich vor
- 11 5 Fragen an den neuen Bundesvorstand
- 13 Fluch und Segen der sozialen Medien
Soldatenwallfahrt nach Rom
- 14 Pilgern! Eine Reise zu sich selbst und zu Gott
- 50 Wie wünschst du dir deine GKS?

Titelthemen

- 18 **Die neuen Fronten im digitalen Zeitalter**
- 23 **Trump 2.0** Wendepunkt in den transatlantischen Verteidigungsbeziehungen
- 26 **Geopolitische Lage** Das Schicksal der Ukraine ist ein europäisches
- 30 **Themenserie** Warum Bündnisverteidigung?
- 35 Eskalation oder Eindämmung der Gewalt?
- 39 **Der Aufwuchs und die Modernisierung** der bodengebundenen Luftverteidigung

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 48 Medien/Buchempfehlung
- 51 Impressum



Das Schicksal der Ukraine ist ein europäisches

Die Unterstützung der Ukraine hat sich in den baltischen Staaten zu einem wichtigen Instrument zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit entwickelt. Die politischen Reihen sind geschlossen und die zivilgesellschaftliche Unterstützung bleibt weiterhin stark.



Trump 2.0

Wendepunkt in den transatlantischen Verteidigungsbeziehungen?

Die Unsicherheit über die zukünftige Rolle der USA in der NATO wächst, während Europa gefordert ist, eigene Verteidigungsstrategien zu entwickeln.



Text: Redaktion des AUFTRAG/Fotos: GKS

Rückblick auf die GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn

Inmitten globaler Krisen und gesellschaftlicher Umbrüche stellt sich die Frage nach einer neuen Ordnung. Die GKS-Akademie versammelt Experten und Teilnehmende, um über Chancen und Herausforderungen in dieser unübersichtlichen Welt nachzudenken. Welche Wege führen zu Frieden und Stabilität? Wie können Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle gewährleistet werden? Wo stehen wir und was sind unsere Perspektiven?

Vor etwa anderthalb Jahren begann das Team um Akademieleiter Oberst a. D. Rüdiger Attermeyer mit den Vorbereitungen für die Akademie, die vom 16. bis 18. März 2025 im Katholischen Sozialen Institut in Siegburg stattfinden würde. Zu diesem Zeitpunkt ahnte niemand, wie aktuell der Titel „Welt in Unordnung“ im März 2025 sein würde. Der Ukraine-Krieg geht ins vierte Jahr, im Gaza ist kein Frieden in Sicht und die Klimaerwärmung schreitet schneller voran, als von Wissenschaftlern prognostiziert. Politische Strömungen wie Trumpismus und Putinismus prägen das weltpolitische Klima, während Europa und seine Werte sowohl intern als auch extern unter Druck geraten. Bündnisse wie die NATO und die EU stehen vor Zerreißproben und in Deutschland wird um die Bildung einer neuen Regierung gerun-

gen, nachdem die Ampelregierung vorzeitig zerbrochen ist.

Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen, und jeder von uns könnte sicherlich eigene Punkte hinzufügen. „Ja, diese unsere bekannte Welt ist in Unordnung“ – darin waren sich alle 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Akademie bereits beim Eintreffen einig. Auf Einladung der GKS kamen Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen, mit und ohne vorherigen Bezug zur GKS, zusammen, um zu erörtern, wo Chancen und Herausforderungen in dieser Situation liegen und welche Möglichkeiten eines Ordnungsrahmens es gibt.

Die Referenten spannten thematisch einen weiten Bogen: Generalleutnant a. D. Bühler legte mit seiner sicherheitspolitischen Tour d’Horizon den militärisch-fachlichen Grundstein für die Überlegungen. „Die derzeitige

Situation ist gefährlicher, komplexer und unübersichtlicher, als es die Lage im Kalten Krieg war“, begann er seine Ausführungen.

Ulrich Pöner, Bereichsleiter Weltkirche und Migration bei der Deutschen Bischofskonferenz, stellte die Entwicklung des Friedensbegriffs in der katholischen Friedensethik vor. Er betonte: „Konflikte sind in menschlichen Beziehungen zwischen Einzelnen, Gesellschaften und Staaten völlig normal; ob sie gut oder vernichtend wirken, hängt von der Art ihrer Ausstrahlung ab.“

Diese Überlegungen wurden durch den aus Rom zugeschalteten Theo-

logen und Friedensethiker Dr. Marco Schrage vertieft. Er erläuterte die Notwendigkeit einer tragfähigen Konfliktethik, deren Grundlage der Wille zur Überwindung von Ungerechtigkeit und Gewalt sowie die Orientierung am Gemeinwohl ist.

Eine besondere Form der Kriegsführung stellte Mateusz Labuz vom Institut für Frieden und Sicherheit in Hamburg (IFSH) vor. Er referierte über Desinformation und Missinformation als „Waffen“ im Informationskrieg, der unbemerkt um uns tobt und erheblichen Einfluss auf unsere Meinungsbildung hat. „Die moderne Welt befindet sich mitten in einem unsichtbaren Krieg“, warnte er.

Dank langer Abende und kurzer Mittagspausen hatten die Teilnehmer ausreichend Gelegenheit, das Gehörte zu besprechen und eigene Erkenntnisse einzubringen. Ein Teilnehmer schrieb nach der Veranstaltung: „Danke für eine intensive Akademie, die viele interessante Aspekte beleuchtet hat.“

Wir sehen dies als Bestätigung unserer Arbeit und Auftrag zugleich! Derzeit erstellen wir Zusammenfassungen der Beiträge der Akademie, die wir in lockerer Reihenfolge auf unserer Homepage veröffentlichen werden. ■



Mehr Infos auf unserer Homepage



Die Teilnehmenden der Korn-Akademie mit dem Leitenden Militärdekan Msgr. Schnettker nach dem Gottesdienst.

Personen aus der GKS:

Ein geistlicher Begleiter für unseren Verband

Text: GKS-Redaktion



Foto: KS / Doreen Bierfeld

Wir freuen uns sehr, den ehemaligen leitenden Militärdekan Berlin, Dekan Stephan van Dongen, herzlich bei uns willkommen zu heißen. Bis zur Ernennung eines neuen Geistlichen Beirats auf Bundesebene wird er uns als geistlicher Begleiter mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Lieber Herr Dekan, wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie diese wichtige Aufgabe übernommen haben. Auf eine gute, freundliche und ergebnisreiche Zusammenarbeit zum Wohle unserer GKS!

Wir haben gewählt:

Ein neuer Vorstand für unsere Gemeinschaft!

Text: GKS-Redaktion

Auf der Bundeskonferenz Ende letzten Jahres fanden wichtige Wahlen statt. Unsere Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Gerd Fridrich und Stabsfeldwebel Juliana Haberlag, haben nach zwei erfolgreichen Amtszeiten nicht erneut kandidiert. Wir möchten ihnen von Herzen für ihre großartige Arbeit und ihr hohes Engagement danken, das sie in den vergangenen Jahren für unsere Gemeinschaft geleistet haben. Als neue Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Major Dr. Nora Bach-Sliwinski und OTL a. D. Rufin Mellentin gewählt.



Foto: GKS

Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, unsere neuen Vorstandsmitglieder besser kennenzulernen, haben wir ihnen Fragen gestellt. **Siehe ab Seite 13**

Foto: Rufin Mellentin



Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden stellen sich vor:

5 Fragen an den neuen Bundesvorstand

Interview: GKS

Welche fünf Eigenschaften und besonderen Fähigkeiten beschreiben Sie am besten? Wie können diese zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele beitragen?

Rufin Mellentin: Meine fünf besonderen Fähigkeiten stehen unter dem Leitsatz aus 1. Petrus 3,15: „Seid immer dazu bereit, denen Rede und Antwort zu geben, die euch nach eurem Glauben und eurer Hoffnung fragen.“ Zunächst einmal betrachte ich es als wichtig, präsent und ansprechbar zu sein. Ich möchte erkennbar als Christ auftreten und stets bereit sein, über meinen Glauben zu sprechen. Darüber hinaus fühle ich mich dem Dienen verpflichtet. Ein weiterer Aspekt meiner Persönlichkeit ist mein Optimismus. Ich glaube fest daran, dass ein gesunder Geist in einem gesunden Körper lebt. Zudem bin ich auskunftsfähig und sattelfest im Glauben. Schließlich zeichne ich mich durch Aufgeschlossenheit aus.

Welches Veranstaltungsformat der GKS begeistert Sie am meisten, oder welches neue Format würden Sie gerne einführen?

Rufin Mellentin: Besonders begeistert mich das Veranstaltungsformat der Bildungsveranstaltungen, wie die Korn-Akademie. Es bereitet mir Freude, sowohl Kopf als auch Herz anzusprechen. Die Korn-Akademie könnte auch in einem kleineren Format angeboten und durchgeführt werden. Und um über den Glauben zu sprechen, mehr darüber zu erfahren und am Glauben der anderen wachsen zu können, könnte ich mir Bibelabende als ein gutes Veranstaltungsformat vorstellen.

Welche Aspekte der GKS-Arbeit sind Ihnen besonders wichtig und warum?

Rufin Mellentin: Besonders wichtig ist mir das besondere Profil der GKS. Die eindeutigen Konturen, die sich auch gegen den „Mainstream“ abheben, sind entscheidend, um nicht in der Beliebigkeit unterzugehen. Ich bin überzeugt, dass es besser ist, mit einem klaren „Dafür stehen wir“ aufzutreten als lediglich mit einem „Ich bin auch dagegen“. Zudem sollte die Arbeit der GKS Freude bereiten und inspirierend sein.

Welche Ziele möchten Sie während Ihrer Amtszeit für die GKS erreichen?

Rufin Mellentin: Während meiner Amtszeit möchte ich weiterhin dazu beitragen, klar zu verdeutlichen, wofür wir eintreten. Mein Ziel ist es, eine Gemeinschaft zu fördern, die Freude bereitet und auskunftsfähig ist. ➔

Welche fünf Eigenschaften und besonderen Fähigkeiten beschreiben Sie am besten? Wie können diese zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele beitragen?

Dr. Nora Bach-Sliwinski: Ehrgeiz, Gradlinigkeit, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Mut. Diese Richtwerte bilden auch gleichzeitig meine Erwartungshaltung an mich selbst ab. Nach diesen Werten strebe ich und möchte diesen selbst gerecht werden. Ich glaube, dies entspricht auch den Erwartungen der MitgliederInnen an den GKS-Bundesvorsitz.

Welches Veranstaltungsformat der GKS begeistert Sie am meisten, oder welches neue Format würden Sie gerne einführen?

Dr. Nora Bach-Sliwinski: Bereichernd sind immer die Begegnungen mit anderen: wenn wir zusammenkommen, wenn wir einander oder anderen helfen und an unserer geistigen und mentalen Resilienz zusammen arbeiten. Mir ist hierbei immer das „echte“ Erleben im Jetzt besonders wichtig. Ob im Kreis, in Lourdes oder in den Sachausschüssen. Dort gestalten wir den Frieden aktiv mit! Dies gilt es meiner



Meine Teilnahme an der Übung ALÜ in Bergen im Jahr 2022: Mit Herrn a. D. Bundeskanzler Olaf Scholz und Generalleutnant Marlow.

Meinung nach, aufrechtzuerhalten und zu fördern. Schön wäre beispielsweise eine Erweiterung der Stammtisch- oder Wochenend-Workshops im Sinne von Weiterbildungen oder konzentrierten Themen-Formaten.

Welche Aspekte der GKS-Arbeit sind Ihnen besonders wichtig und warum?

Dr. Nora Bach-Sliwinski: Das Ehrenamt ist eine wertvolle Institution unserer Gesellschaft. Wenn es einmal wegbricht – was ich wirklich nicht hoffe –, aber erst dann werden die meisten merken und verstehen, was für ein Gewinn es für uns alle ist und was wir alle daran hatten. Dazu darf es aber nicht kommen. Ehrenamt muss daher unbedingt attraktiv und erhalten bleiben!

Welche Ziele möchten Sie während Ihrer Amtszeit für die GKS erreichen?

Dr. Nora Bach-Sliwinski: Mit meinen Fähigkeiten möchte ich das Team an den richtigen Stellen verstärken. Wir hetzen immer weiter, um besser zu werden. Das Problem ist hierbei, dass wir oft vergessen, dass wir eigentlich gar nicht so schlecht sind. Wir sind in dieser Hinsicht unsere strengsten KritikerInnen. Das ist erst einmal auch gar nicht so schlecht. Aber es hilft manchmal, innezuhalten, die Lage zu bewerten und sich zu fragen: Wohin wollen wir eigentlich marschieren und wie erreichen wir dieses Ziel? Ich hoffe, ich kann in dieser Entscheidungsfindung meinen Beitrag für die GKS liefern.

Wie stellen Sie sich die GKS in der Zukunft vor, und welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um sie zukunftsfähig und attraktiv für ein breites Publikum zu gestalten?

Dr. Nora Bach-Sliwinski: Ich glaube nicht, dass wir ein „breites“ Publikum erreichen müssen. Uns geht es vor allem darum, die richtigen Leute zu erreichen. Wenn diese als MultiplikatorInnen wirken, dann können wir auch aktiv die frohe Botschaft verteilen und andere begeistern. Mir ist hierbei vor allem wichtig, dass wir uns ehrlich machen und die Basis stabil halten. Hier können sich alle einbringen! Mit Aktionen oder Projekten, die öffentlichkeitswirksam sind und medial gestreut werden, verbreitet sich auch die Begeisterung für unsere Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Davon bin ich fest überzeugt! ■

Fluch und Segen der sozialen Medien

Warum wir sie in der heutigen Zeit nicht vernachlässigen dürfen!

Text: Juliana Haberlag

Deutschland zählt rund 69 Millionen Smartphone-Nutzer. Dies zeigt, dass das Handy aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken ist. Was macht diese Zahl für uns als Verband so interessant? Theoretisch ist jeder potenzielle Nutzer sozialer Medien auch Konsument UNSERER Medien und vielleicht sogar ein zukünftiges Mitglied?! Laut einer Studie des „Reuters Institute Digital News Report 2024“ nutzen 42 Prozent der Bundesbürger über 18 Jahren das Internet, um sich über das Tagesgeschehen zu informieren. Für 16 Prozent der 18- bis 24-Jährigen stellen soziale Medien sogar die einzige Quelle für News dar.



Der Bundesvorstand hat erkannt, wie wichtig diese Nische ist, und hat deshalb den Posten der beauftragten Person für soziale Medien geschaffen. Der Auftrag ist simpel und dennoch herausfordernd – mehr Sichtbarkeit auf unseren zwei Social-Media-Auftritten, Instagram und Facebook. Ein Klick mehr bedeutet 32 Prozent mehr Reichweite.

Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram und Co. nutzen Algorithmen, um für ihre Nutzer den perfekten Informationsfluss zu kreieren. Jedes Lesen eines Artikels, jedes gedrückte Herzchen oder Daumen-hoch-Emoji und jeder geteilte Beitrag hat Auswirkungen auf die Inhalte, die mir im Folgenden gezeigt werden. Es geht sogar so weit, dass dies Einfluss auf die Inhalte meiner Freunde und Follower hat.

Die Chance und der Aufruf

Genau das ist unsere Chance! So kann Reichweite generiert werden. Jeder „Like“ bedeutet automatisch, dass unsere Beiträge auch den mit uns verbundenen Menschen angezeigt werden. Durch dieses Prinzip sind Influencer heute so erfolgreich. Sie setzen auf die Verbreitung durch Vernetzung der Konsumenten untereinander.

Die Zeit der Themenwochenenden steht bevor – die Zeit, wo Kirche, wo Gemeinschaft erlebbar wird. Wo wir unseren Glauben mit positiven Erfahrungen und Erlebnissen sichtbar machen können und sollten! Ich kann an dieser Stelle nur dazu ermutigen, die mit viel Liebe geplanten Wochenenden auch für andere präsenter zu machen. Das geht aber nur, wenn ich Zuarbeit bekomme. Also traut euch, über eure Wochenenden zu berichten. Hierbei helfe ich gerne! Und lasst öfter mal ein „Like“ auf Facebook und Instagram da. ■

Pilger der Hoffnung

Soldaten- wallfahrt nach Rom im Heiligen Jahr 2025

Das Jahr 2025 ist für katholische Christen ein ganz besonderes Jahr, das „Heilige Jahr“. Grundlegende Elemente der Heiligen Jahre sind die Wallfahrt nach Rom und das Durchschreiten der Heiligen Pforte. Für dieses Jubiläumsjahr hat Papst Franziskus das Motto „Pilger der Hoffnung“ gewählt.

Text und Fotos: Frank Nowak



Einladung zur Soldatenwallfahrt

Zu diesem Anlass hatte das Katholische Militärpfarramt Zweibrücken unter der Leitung von MilPfr. Markus W. Konrad zu einer Soldatenwallfahrt vom 4. bis 9. Februar eingeladen, um sich auf den Weg nach Rom zu machen und auf Tuchfühlung mit dem Papst, ebenso Pilger der Hoffnung zu werden. Ziel war es nicht nur, spirituell das Sakrament der Versöhnung zu empfangen, sondern auch die besondere Faszination Roms, das römische Lebensgefühl und die einzigartige Geschichte, die einem an jeder Ecke umfängt, einzuatmen. Diesem Aufruf folgten gleich zwei Kreisvorsitzende der GKS: OTL Nowak (Kreis Koblenz) und Hptm König (Kreis Saarland). Mit insgesamt 30 Soldatinnen und Soldaten wurde ein Hotel bezogen, das keine fünf Minuten vom Petersplatz entfernt war. Von diesem perfekten Ausgangspunkt konnten die vielen Programmpunkte und Besichtigungen, die immer bis in die Abendstunden dauerten, angegangen werden.

Höhepunkte der Pilgerreise

Bereits bei der Anreise am Dienstag besuchten wir die mächtige Papstbasilika „St. Paul vor den Mauern“. Hier wurde uns Geschichte und Wirken des Heiligen

Papstaudienz auf dem Petersplatz

Paulus gegenwärtig, und wir durchschritten die erste der Heiligen Pforten. Am Mittwoch stand schon eines der vielen Highlights auf dem Programm: die Teilnahme an der Generalaudienz des Papstes. Die Begegnung mit Papst Franziskus hatte uns besonders beeindruckt, zumal es Markus Konrad gelang, kurz mit dem Oberhaupt der Katholischen Kirche ins Gespräch zu kommen und unsere Gruppe vorzustellen. Im Anschluss wurde ausgiebig der Petersdom von den unterirdischen Ruhestätten (Nekropole) bis zur Kuppel besichtigt.

Am nächsten Morgen waren ganz besondere Besichtigungen im Inneren des Vatikans eingeplant, die normalerweise nicht so einfach zugänglich sind. Wir bekamen die Gelegenheit zur Begegnung mit der kleinsten Armee der Welt, der Schweizer Garde. Nach einer ausführlichen Besichtigung wie z. B. der Waffenkammer, und Beantwortung vieler Fragen feierten wir Gottesdienst zusammen mit den Gardisten in deren Kapelle hinter den Mauern des Vatikans. Im Anschluss gab es verschiedene Möglichkeiten, den Tag zu gestalten: den Besuch der vatikanischen Mosaikwerkstätten, der vatikanischen Gärten, Radio Vatikan, des deutschen Friedhofs und eines der 16 Dikasterien

(Ministerien) des Vatikans – das Dikasterium für die Gesetzestexte. Zu freien Zeiten sowie am Freitag gehörten zusätzlich zu dem umfangreichen Rahmenprogramm auch mehrere Führungen durch das antike und barocke Rom dazu: Es ging zum Kolosseum, dem Forum Romanum, dem Pantheon und dem Capitol. Auch verschiedene Piazze wie die Spanische Treppe oder der Trevi-Brunnen wurden besichtigt. Neben all diesen Eindrücken blieb genügend Zeit für ein römisches Eis oder andere kulinarische Köstlichkeiten.

Spirituelle Begegnungen und Abschluss

Der Samstag stand ganz im Zeichen des „Tags des Militärs“. Zunächst feierten wir mit unserem Militärbischof Franz-Josef Overbeck den Gottesdienst, um im Anschluss gemeinsam in einer großen Prozession den Pilgerweg zum Petersdom zu begehen. Das Durchschreiten der Heiligen Pforte sowie der weitere Pilgerweg durch die Menschenansammlungen bis zum Papstaltar – an dem wir die Gelegenheit hatten, innezuhalten und mit unserem Bischof zu beten – waren sehr spirituell und beeindruckend.

Am Sonntag, zum Abschluss unserer Pilgerreise, war der Besuch der Papstaudienz auf dem Petersplatz für Sicherheitskräfte aus aller Welt einer der Höhepunkte. Alle Teilnehmer waren sich auf der anschließenden Heimreise einig, dass diese Wallfahrt spirituell prägend und ein wirklich unvergessliches Erlebnis war. Mit dieser Veranstaltung wurde der oft nur schwer zu greifende Begriff „Seelsorge“ vollumfänglich erfüllt. ■



Auf dem Weg zur heiligen Pforte im Petersdom

Eine Reise zu sich selbst und zu Gott

In „Ich bin dann mal weg“ beschreibt Hape Kerkeling die transformative Kraft des Pilgerns, die seit 2006 einen Boom ausgelöst hat. Dieses uralte Phänomen ermöglicht es modernen Menschen, aus dem Alltag auszusteigen und sich selbst neu zu entdecken. In Zeiten globaler Krisen ruft Papst Franziskus das Heilige Jahr 2025 unter dem Motto „Pilger der Hoffnung“ aus, um den Glauben an Frieden und Gemeinschaft zu stärken. Dieser Artikel beleuchtet die Motive des Pilgerns und dessen Bedeutung für das geistliche Leben.

Der Autor



Foto: Michael Kühn

Michael Kühn ist Militärdekan im Militärpfarramt Koblenz und Priester des Bistums Speyer. Von 1996 bis 2002 war er Sportbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz und fungierte als Olympiapfarrer. Anschließend leitete er von 2002 bis 2006 die Arbeitsstelle Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz. Zwischen 2007 und 2014 war er Pfarrer in Landstuhl, bevor er 2014 die Rolle des Militärseelsorgers übernahm.

„Ich bin dann mal weg“ – Mit seinem Buch über seine Erlebnisse auf dem Jakobsweg hat der deutsche Entertainer Hape Kerkeling 2006 einen wahren Boom des Pilgerns ausgelöst, besonders auf dem alten und klassischen Pilgerweg, dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela. Pilgern ist wieder angesagt und scheint in vielfältiger Weise den modernen Menschen anzusprechen und zu faszinieren. Gründe könnten sein, dass es Gelegenheit bietet, aus dem Alltag auszusteigen, Entspannung und Entschleunigung zu finden sowie Zeit zum Nachdenken oder zu sich zu kommen. Daneben wird die sportliche Herausforderung gesucht, möglichst viele Kilometer zurückzulegen. Letztlich brechen Menschen auch zum Pilgern auf, um Spaß zu haben, Menschen kennenzulernen oder auf den alten Pilgerwegen neue Landschaften zu entdecken. Dabei ist der moderne Pilger mehrheitlich nicht unbedingt kirchlich gebunden. Das Pilgern ist ein uraltes Phänomen, das sich in fast allen Religionen findet. Es gründet in dem Wunsch, eine Gotteserfahrung zu machen. Indem bestimmte Wege gegangen oder besondere Orte aufgesucht werden, erhoffen gläubige Menschen, die Nähe Gottes und seine Geschichte mit den Menschen in besonderer Weise zu spüren. Schon im Alten Testament wird das Pilgern beschrieben. Abraham macht sich auf Geheiß Gottes auf den Weg in das gelobte Land. Später wird der Tempel in Jerusalem Ziel des Pilgerns zu bestimmten Festtagen und Anlässen. Auch Jesus pilgert nach Jerusalem, wie das Neue Testament beschreibt. Nicht zuletzt pilgerte er aus Anlass des Pessachfestes nach Jerusalem, in dessen Rahmen sein Tod und seine Auferstehung stattfinden. Gerade die ersten Christen besuchten die Orte von Jesu Leben, Wirken, Sterben und Auferstehung, um sich ihm ganz tief verbunden zu fühlen. Mit der aufkommenden Heiligenverehrung wurden ebenso die Gräber der Märtyrer und Heiligen zu Anziehungspunkten. Die Motive für das Pilgern waren und sind vielfältig. Während die geistlichen Motive – Gotteserfahrung, Stärkung des Glaubens und Klärung der eigenen Berufung – immer dazugehörten und gehören, kamen später die Hoffnung auf Heilung oder ein persönliches Wunder, der Bitt- oder Dankgedanke sowie die Pilgerfahrt als Buß- oder Umkehrweg hinzu. Diese verschiedenen Aspekte bewegen bis heute in unterschiedlicher Ausprägung gläubige Menschen dazu, sich auf einen Pilgerweg zu machen.

Pilgern – ein geistlicher Lebensweg

Das Pilgern war und ist immer ein Bild für das menschliche Leben, besonders für das geistliche Leben gewesen. Pilgern bedeutet, unterwegs sein, wandern, in der Fremde sein – aber auf Gott zu. Der Heilige Paulus beschreibt es ziemlich treffend: „Auch wenn wir wissen, dass wir fern vom Herrn in der Fremde leben, solange wir in diesem Leib zu Hause sind; denn als Glaubende gehen wir unseren Weg nicht als Schauende. Weil wir aber zuversichtlich sind, ziehen wir es vor, aus dem Leib auszuwandern und daheim beim Herrn zu sein.“ (2 Kor 5, 6-8) Das Bild des Pilgerns bietet sich also an, um einen Wesenszug des Menschen zu beschreiben. Wir können uns als Menschen verstehen, die unterwegs durch ihre Lebenszeit sind. Dabei erfahren wir uns auf der Suche nach uns selbst, nach den anderen, nach Sinn und Liebe sowie nach Zufriedenheit, Erfüllung und Orientierung – letztendlich nach Gott. Der gläubige Christ versteht sein Leben als einen Pilgerweg durch seine Zeit. Dabei ist der Weg – das Leben selbst – wichtig; denn in ihm ereignen sich die entscheidenden Aspekte: Nicht stehen bleiben, sich entwickeln, Gott und den Menschen begegnen; Schritt für Schritt Gutes tun und letztendlich das Ziel – die ewige Gemeinschaft mit Gott – erreichen. Diese Elemente umschreiben das Pilgern als einen geistlichen Lebensweg.

Pilger der Hoffnung

„Pilger der Hoffnung“ – ist das Motto des Heiligen Jahres 2025. Papst Franziskus hat es ausgerufen, um in Zeiten globaler Krisen und Kriege eine Zeit der Besinnung und Erneuerung zu schaffen. Dieses Heilige Jahr soll helfen, „die empfangene Hoffnungsflagge weiter brennen zu lassen und alles zu tun, damit alle wieder die Kraft und die Gewissheit zurückgewinnen können“, um mit offenem Geist sowie Zuversicht in die Zukunft zu blicken (Papst Franziskus). Die Hoffnungsflagge ist eine wichtige Ausrüstung für unser Pilgern. Diese Hoffnungsflagge ist die Botschaft Jesu – die Botschaft des Lebens und der Hoffnung. Sie erleuchtet uns sozusagen den Pilgerweg, damit wir in ihrem Licht die Tiefe, Würde und Schönheit des Menschseins erkennen können. Sie zeigt uns den Weg, in unserer Zeit wirklich Mensch zu werden. Es ist Jesus selbst, der diese Flagge entzündet

und uns überreicht; es ist Jesus selbst, an dem wir diese Flagge immer wieder entzünden können. Dabei können wir uns darauf verlassen, dass Jesus unser Begleiter ist und bleibt; er geht diesen Weg in die Zukunft mit uns und begleitet uns mit seiner Kraft, seinem Geist sowie seiner Nähe und Liebe.

Auf diesem Pilgerweg sind wir nicht allein; wir sind mit vielen Menschen unterwegs, die ebenso diese Hoffnungsflagge tragen. Das macht Mut und schenkt Zuversicht: Wir können gemeinsam als Christen etwas bewegen – in vielen kleinen Schritten! Unser Pilgerssein wird dadurch sichtbar und konkret; wenn wir Solidarität, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit sowie Offenheit zeigen; Demut leben; Freude an den Tag legen! Es sind Haltungen, die Hoffnung ausstrahlen sowie Überzeugungen vermitteln: Eine gute Zukunft ist möglich! Es sind Haltungen, durch die wir demütig wirken können; einladend wirken können; damit sich weitere Menschen angesprochen fühlen; damit sie sich mit uns auf den Weg machen! So wird die Hoffnung weitergereicht.

Soldaten – Pilger der Hoffnung

Gerade in dieser krisenbehafteten Zeit bekommt für die gläubigen Soldatinnen und Soldaten das Motto des Heiligen Jahres eine besondere Färbung: Es ist wichtig, im Dienst sowie im Glauben die Hoffnung auf Frieden lebendig zu halten! Das geschieht dadurch: Das persönliche Fähigkeiten für den Frieden eingesetzt werden; dass Friedfertigkeit auch als Haltung des täglichen Umgangs verstanden wird! Das ist eine persönliche Herausforderung! Das ist ein Pilgerziel, für das es sich lohnt zu leben! Das ist eine Haltung, welche auch unseren Mitmenschen Hoffnung sowie Zuversicht vermitteln kann! Wie dabei der Pilgerweg konkret aussieht, zeichnet sich noch nicht so wirklich ab! Aber es bleibt die Hoffnung: Das der Herr uns begleitet; dass er uns begegnet; dass er uns letztlich seinen Frieden schenken wird!



In Zeiten globaler Krisen soll dieses Jahr eine Zeit der Besinnung und Erneuerung schaffen.



—
Text: Mateusz Labuz

Die neuen Fronten im digitalen Zeitalter:

CYBER- UND INFORMATIONSKRIEGE

Die moderne Welt befindet sich mitten in einem unsichtbaren Krieg. Er findet parallel zu klassischen Militäreinsätzen statt: Der Cyberraum und der Informationsraum sind zu Orten des Kampfes geworden. Dabei geht es nicht nur um Cyberangriffe auf Netzwerke, sondern auch um den gezielten Einfluss auf unsere Meinungen und Wahrnehmungen. Zu diesem Zweck werden verschiedene Strategien der kognitiven Kriegsführung eingesetzt.

Donald Trump bezeichnete zahlreiche Berichte über seine Präsidentschaft als ‚Fake News‘, darunter die Behauptung, dass er während seiner Amtszeit die COVID-19-Pandemie nicht ernst genommen habe.

Foto: Shutterstock



Der Autor

Mateusz Labuz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IFSH und Doktorand an der Technischen Universität Chemnitz, wo er zu Deepfakes und synthetischen Medien forscht. Zuvor war er Dozent für Cybersicherheit und Desinformation in Krakau und arbeitete als Diplomat im polnischen Außenministerium. Seine Forschung konzentriert sich auf die Auswirkungen von KI auf soziale Prozesse, hybride Bedrohungen und die Regulierung von Deep Fakes im Rahmen des EU-KI-Gesetzes.

Digitale Plattformen und soziale Medien sind heute nicht nur Orte des Informationsaustauschs, sondern auch Werkzeuge geopolitischer Auseinandersetzungen und Meinungsbildung. Staaten und nichtstaatliche Akteure haben längst erkannt, dass die Kontrolle über Informationen ebenso mächtig sein kann wie die Kontrolle über physische Ressourcen. Die Versuche, um die Erzählungen zu kontrollieren, sind nichts Neues. Seit Jahrhunderten wird Propaganda eingesetzt, um Gesellschaften zu beeinflussen, und Informationen werden auch verwendet, um Gegner anzugreifen. Mit der Entwicklung eines neuen Informationsökosystems, das auf dem schnellen Informationsaustausch mithilfe moderner Technologien basiert, hat sich die Möglichkeit, Empfänger zu erreichen, jedoch erheblich verbessert.

Bevor wir uns tiefer mit diesen Themen befassen, lohnt es sich zu zeigen, über welche Dimensionen wir sprechen. Der Cyberraum umfasst die Computernetzwerke und IT-Systeme, aber auch die Menschen, die mit ihnen interagieren. Der Informationsraum hingegen betrifft die Inhalte, die über diese Kanäle verbreitet werden: Informationen, Nachrichten, Meinungen, Narrative und Gefühle. Die Grenzen zwischen Cybersicherheit und Informationssicherheit verschwimmen zunehmend – mit weitreichenden Folgen für Gesellschaft, Politik und Ethik.

Warum wir in Informationsblasen leben
Der moderne Informationsaustausch ist weitgehend von großen digitalen Plattformen und sozialen Medien abhängig. Diese wiederum verwenden hochentwickelte Algorithmen der künstlichen Intelligenz (KI), die darauf programmiert sind, auf die Präferenzen der Empfänger zu reagieren. In der Praxis sollen sie Engagement und Interesse fördern und damit die Verweildauer auf Plattformen erhöhen, denn damit wird Werbeumsatz generiert – die primäre Einkommensquelle dieser Unternehmen. Sie sind nicht dazu optimiert, die Wahrheit zu verbreiten, da diese oft weniger spannend und weniger anklickbar ist. Deswegen kann KI bestehende Vorurteile verstärken, demokratische Prozesse untergraben und gesellschaftliche Spaltungen vertiefen – nur weil die Algorithmen erkennen, dass dies die Chancen für unser Engagement erhöht.

Dadurch verändert die Technologie auch unsere Wahrnehmung der Realität. Jahrzehntlang entschieden traditionelle Medien und Institutionen wie Kirche darüber, welche Informationen relevant sind. Manchmal konnten sie falsch liegen, aber sie fungierten als Filter und Mittel der Qualitätskontrolle. Heute übernehmen Suchmaschinen, Algorithmen, Influencer und KI-gestützte Bots (Maschinen, die Menschen imitieren) diese Rolle – mit oft intransparenten Mechanismen.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum Sie online immer wieder ähnliche Meinungen sehen oder warum populistische Aussagen besser durchdringen als reflektierte Beiträge? Diese Technologien zeigen uns nicht die Wirklichkeit in den unterschiedlichen Ansichten koexistieren, sondern sie zeigen uns vor allem das, was zu unseren Weltbildern passt. Damit verstärken sie Meinungen, Vorurteile und gefühlte Wahrheiten zulasten der objektiven Realität.

Das Phänomen, sich in einer solchen hermetischen Informationsumgebung einzuschließen, wird als Informationsblase bezeichnet und steht in engem Zusammenhang mit sozialen Medien. Es ist eine künstliche Welt, die KI für uns geschaffen hat und die uns im Käfig unserer Vorurteile und Überzeugungen einsperrt. Gruppen oder Staaten, die gezielt falsche Informationen verbreiten (Akteure der Desinformation), sind sehr geschickt darin, diese Blasen zu erreichen und auszunutzen – was uns so anfällig für Manipulationen macht.

Wie Falschinformationen uns beeinflussen

Desinformation (bewusste Fehlinformation mit böswilliger Absicht) und Misinformation (unbewusst verbreitete Falschinformationen; am häufigsten von ahnungslosen

Menschen) sind zu einem zentralen Problem der Informationsgesellschaft geworden. Ein beliebtes Mittel dabei sind Verschwörungstheorien.

Vielleicht haben Sie auch schon erlebt, dass sich jemand in Ihrem Umfeld durch Falschmeldungen beeinflussen ließ.

Stellen Sie sich vor: Sie scrollen durch Ihre sozialen Medien und stoßen auf einen Artikel oder Kommentar, der behauptet, ein bestimmtes Lebensmittel sei gesundheitsschädlich; oder dass die Ukraine biologische Waffen einsetzen will; oder dass die NATO Russland angreifen will; oder dass ein berühmter Schauspieler gestorben ist; oder dass irgendein Promi für eine wundersame Methode wirbt Geld zu verdienen. Der Beitrag ist emotional aufgeladen – mit schockierenden Bildern und vielen wütenden oder ausdrucksvollen Kommentaren darunter. Ohne weiter nachzuforschen, teilen Sie aus konstanter Empörung den Artikel. Später stellt sich heraus, dass die Information falsch war – doch inzwischen hat sie sich weitverbreitet und viele Menschen subtil beeinflusst. Genau so funktionieren Desinformationskampagnen: Sie setzen auf starke Emotionen, um uns zum Handeln zu bewegen – bevor wir die Fakten prüfen. →

Donald Trump gibt eins zu eins russische Desinformationsnarrative wieder, welche losgelöst von der Realität sind, wie der ukrainische Präsident Selenski sei ein Diktator – er habe den Krieg verursacht!



Durch moderne Technologien wird Desinformation authentischer und dadurch schwieriger zu erkennen. Das gilt besonders dann, wenn wir emotional sind und keine Zeit zum Nachdenken haben – weil wir etwa Medien zunehmend unterwegs oder als Überbrückung zwischen Tätigkeiten konsumieren. Dazu kommt die schiere Masse an Informationen, die durch unsere Feeds gespült wird. Keiner hat Zeit, all dies kritisch zu überprüfen.

Heutzutage können wir nicht einmal sicher sein, ob die Fotos oder Videos, die wir sehen, echt sind. KI ist in der Lage, sogenannte Deepfakes zu generieren – Inhalte also zu erstellen bzw. zu manipulieren, bei denen kaum noch erkennbar ist: echt oder gefälscht. Akteure der Desinformation sind sich dessen durchaus bewusst. Sie wissen: Wir sind kognitiv nicht darauf vorbereitet –, dem Angriff auf unser Bewusstsein standzuhalten. Daher nutzen sie zunehmend verschiedene Methoden der Einflussnahme auf Gesellschaften aus – um letztlich ihr Ziel zu erreichen: Kontrolle.

Kognitive und psychologische Kriegsführung

Heutzutage sprechen wir von kognitiver Kriegsführung: Sie umfasst klassische Formen der Desinformation sowie psychologischen Druck auf Gesellschaften. Dies kann durch Cyberangriffe, Sabotageakte sowie hybride Aktionen erfolgen.

Diese Kriegsführung nutzt technische Schwachstellen aus; zielt aber auch darauf ab: das gesellschaftliche Vertrauen zu destabilisieren. Sie erzeugt ein ständiges Gefühl der Bedrohung – übt zusätzlichen Druck im Informationsbereich aus.

Eine Gesellschaft voller Angst ist leichter manipulierbar. In einer Gesellschaft – süchtig nach Falschinformationen – gefangen in einer Informationsblase – ist dies sogar noch einfacher.

Ein besonders aktuelles Beispiel ist die russische Invasion in der Ukraine: Neben militärischen Angriffen setzt Russland systematisch Desinformationskampagnen ein – Narrative werden manipuliert; Unsicherheit geschürt.

KI-gestützte Techniken sowie strategische Nutzung von Memes (humorvolle Bilder zur Beeinflussung unseres Unterbewusstseins) gehören ebenfalls dazu. Metaphorisch kann man kognitive Kriegsführung als einen „Krieg zur Gedankenkontrolle“ beschreiben: Ziel ist es –, politische Annahmen verschiedener Akteure umzusetzen.

Russland nutzt solche Methoden großmaßstäblich gegen westliche Bevölkerungen sowie Eliten. Wie erfolgreich das ist? Man kann es an Donald Trump ablesen: Er gibt eins zu eins russische Desinformationsnarrative wieder – vollkommen losgelöst von der Realität: „Der ukrainische Präsident Zelensky sei ein Diktator“; „Er habe den Krieg verursacht“!

Können wir uns dagegen wehren?

Solchen Kampagnen entgegenzuwirken ist für Demokratien äußerst schwierig. Der Kampf gegen Desinformation sowie Falschinformationen kann im schlimmsten Fall in Zensur münden. Doch in vielen Fällen können Forscher direkt nachweisen: Bestimmte Narrative wurden künstlich in den gesellschaftlichen Diskurs injiziert – Netzwerke mit Verbindungen nach Russland oder China nutzen Bot-Netzwerke sowie gefälschte Nachrichtenseiten zur Reichweitensteigerung. Und sie passen perfekt in Mechanismen sozialer Medien: Diese Erzählungen sind sensationell; skandalös; wecken Emotionen – unterstützt durch KI-Algorithmen.

Was also tun?

Regulierung allein wird das Problem nicht lösen. Es braucht ein stärkeres Bewusstsein für Mechanismen digitaler Manipulation. Bildung, Medienkompetenz, strategische Kommunikation – alles essenziell zur Förderung gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit. Die katholische Kirche sowie andere gesellschaftliche Institutionen sollten sich aktiv in Debatten einbringen. Ihr Einfluss könnte helfen: ethische Standards für den digitalen Raum aufzubauen; öffentliches Bewusstsein für Bedrohungen schärfen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig – dieses Thema in der Soziallehre anzusprechen: Das Internet widerspiegelt nicht immer unsere Welt. Der Schutz besteht darin – soziale Resilienz von unten aufzubauen.

Dies erfordert Aktivität und Dialogbereitschaft. Man muss erklären: Wie funktionieren moderne Medien? Wie leicht tappt man in eigene Überzeugungen? Wir müssen Risiken erkennen, bereit sein, Informationen selbst kritisch zu prüfen. Denn in einer Welt, in der Realität zunehmend verhandelbar erscheint, braucht es Hinweise zur Navigation zwischen neuen Technologien. Dazu gehört auch: Die Fähigkeit einer gesunden Skepsis gegenüber dem Online-Bild unserer Welt, um herauszufinden: Ist das wirklich echt? ■

Trump 2.0

Wendepunkt in den transatlantischen Verteidigungsbeziehungen?

Die Unsicherheit über die zukünftige Rolle der USA in der NATO wächst, während Europa gefordert ist, eigene Verteidigungsstrategien zu entwickeln.



Foto: Shutterstock

Europas Verteidigungspolitik muss sich neu aufstellen, um Abschreckungsfähigkeit und Resilienz zu sichern.

Die Autorin



Foto: Evelyn Gaiser

Evelyn Gaiser ist seit Juli 2024 Referentin für Transatlantische Beziehungen/NATO in der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit.

Beobachter greifen derzeit zu drastischen Formulierungen, um den Zustand des transatlantischen Verhältnisses zu beschreiben. Sehen wir „Turbulenzen“, „Umwälzungen“, einen „Epochenbruch“ oder gar das „Ende der transatlantischen Beziehungen“? Eines ist sicher: Das USA-Europa-Verhältnis ist aktuell von rasanter Veränderung und Umbrüchen geprägt. Und es hat an Verlässlichkeit eingebüßt. Dies gilt auch für die verteidigungspolitische Komponente der transatlantischen Beziehungen.

In europäischen Verteidigungskreisen dominieren momentan Sorge und Verunsicherung beim Blick auf die andere Seite des Atlantiks. Angesichts des Kurswechsels der USA im Umgang mit dem bisherigen Partner Ukraine, der Abstimmung an der Seite Russlands in den Vereinten Nationen oder der Äußerungen Donald Trumps zu Grönland und Kanada – um nur einige Punkte zu nennen – fragen sich europäische Entscheidungsträger, was künftig von der US-Regierung zu erwarten ist und inwiefern die verteidigungspolitische Zusammenarbeit weiterhin gegeben ist.

Mit seinen Äußerungen, insbesondere während des Wahlkampfs, hat Donald Trump die US-Sicherheitsgarantien für Europa rhetorisch untergraben und damit die Glaubwürdigkeit, aber auch die Abschreckungsfähigkeit der NATO geschwächt. In NATO-Kreisen haben zudem zuletzt Meldungen über mögliche Umstrukturierungen bei den US-Streitkräften für Unruhe gesorgt. So kur- ➔

sieren Berichte über Pläne, künftig die Stelle des NATO-Oberbefehlshabers (SACEUR) nicht mehr durch einen US-Vertreter zu besetzen. Dies wirft die Frage auf, ob der Verzicht der USA auf die SACEUR-Besetzung auch mit einem Rückzug aus der integrierten Militärstruktur der NATO verbunden wäre. Denn im Ernstfall könnten ansonsten amerikanische Truppen unter nicht amerikanischem Kommando stehen.

Die Karten lagen auf dem Tisch

Wenngleich Tempo und Ausmaß einiger Maßnahmen der US-Regierung überraschen können, hätten Deutschland und Europa verteidigungspolitisch nicht nur besser vorbereitet sein können, sondern müssen. Denn viele Aspekte, die die US-Administration unter Donald Trump jetzt umsetzt, hatten sich lange angekündigt. Dazu gehört insbesondere die Forderung, dass Europa mehr Verantwortung für die konventionelle Verteidigung des eigenen Kontinents übernehmen sollte. Diese wurde nicht nur von konservativen US-Politikern und ihren Beratern, sondern auch zunehmend im Lager der Demokraten geäußert.

In vielen europäischen Ländern blieb das jedoch ohne Konsequenzen. Während der Biden-Administration wähte man sich in einer Rückkehr zur transatlantischen Normalität, tat die erste Trump-Regierung als einmaligen Ausrutscher ab und bewahrte die Hoffnung, dass unter Kamala Harris alles beim Alten bleiben würde. Allerdings wäre wohl auch Kamala Harris bei einer Wahl ins Präsidentenamt nicht umhingekommen, Militärressourcen aus Europa abzuziehen.

Der sicherheitspolitische Fokus der USA liegt im Indopazifik

Amerika wendet sich sicherheitspolitisch und militärisch dem Indopazifik zu. Dort verorten sie nicht nur primär ihre geoökonomischen Interessen, sondern angesichts des zunehmenden Machtstrebens Chinas auch ihren zentralen geostrategischen Rivalen. China verfügt mittlerweile nach den Vereinigten Staaten über das weltweit mit Abstand schlagkräftigste konventionelle Militär. Russland wird hingegen als ein europäisches Problem beschrieben.

US-Strategen warnen, dass in den nächsten Jahren ein bewaffneter Konflikt im Indopazifik ausbrechen könnte. Da die USA in diesem Falle Einsatzkräfte und Schlüsselfähigkeiten im Indopazifik benötigen würden, ist ein Abzug von militärischen Ressourcen aus Europa aus US-Sicht unvermeidbar.



Die deutsche Bundeswehr steht vor der Herausforderung, sich in einem sich wandelnden transatlantischen Verhältnis neu zu positionieren.

Einige Verteidigungsexperten in den USA sind zudem der Meinung, dass der Krieg in der Ukraine China im strategischen Wettbewerb nutzt. Man argumentiert mit dem Verschleiß amerikanischer Munitions- und Waffenbestände im Ukraine-Krieg und einer daraus resultierenden militärischen Schwächung der USA, während China ungebremst aufrüstet. Damit erklären Konservative die Priorität, die Trump einem Deal für einen Waffenstillstand in der Ukraine einräumt. Zudem beabsichtige er mit einem Deal die Schwächung der russisch-chinesischen Zusammenarbeit.

Für Europa muss klar sein, dass der Sicherheitspartner USA sich verteidigungspolitisch neu aufstellt, andere Prioritäten setzt und mindestens weniger verlässlich geworden ist.

Wo steht Europa?

Dies trifft die europäischen NATO-Partner in einer komplexen sicherheitspolitischen Lage. Europäische Geheimdienste, die Bundeswehr und selbst die Europäische Kommission warnen, dass Russland sich auf Krieg vorbereitet und in wenigen Jahren in der Lage sein könnte, ein NATO-Mitgliedsland anzugreifen.

Ob Russland einen solchen Plan tatsächlich umsetzen will, lässt sich nicht mit abschließender Sicherheit sagen. Fakt ist, dass Russland auf Kriegswirtschaft umgestellt hat und innerhalb von sechs Monaten mehr Waffen produzieren kann, als die Bundeswehr aktuell im Bestand hat.

Mit hybrider Kriegsführung testen Russland, aber teilweise auch der Iran und China bereits heute unsere Resilienz und beobachten genau unsere Reaktionen. Da die hybriden Aktionen, die darauf abzielen, unsere Gesellschaft, aber auch die NATO zu schädigen und zu schwächen, nur schwer zurückzuverfolgen und zuzuordnen sind, kann darauf oft nicht oder nur sehr verspätet reagiert werden. Auch dies verschiebt Schwellen des Akzeptablen und beeinträchtigt langfristig unsere Abschreckungsfähigkeit.

Wie muss Europa sich in dieser Lage aufstellen?

Nun ist es an Europa, zu reagieren. Europa muss seine Interessen klar formulieren, diese konsequent verfolgen und eigene Stärke entwickeln. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich abschreckungs- und verteidigungsfähig zu werden.

Dafür kann und sollte Europa weiterhin die NATO nutzen, die eingeübte Prozesse, Kommandostrukturen und fertige Verteidigungspläne bietet. Anstatt Strukturen zu duplizieren, gilt es, den europäischen Pfeiler der NATO

zu stärken. Selbst wenn die USA sich (teilweise) aus der NATO zurückziehen sollten, besteht das Bündnis noch aus 31 starken Staaten und bringt das Vereinigte Königreich und die Türkei mit an den Tisch.

Zudem können die Strukturen der EU zur gemeinsamen Planung, Entwicklung und Beschaffung kollaborativer Fähigkeiten genutzt und zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie eingesetzt werden. Gleichzeitig muss man sich in Deutschland darauf einstellen, dass die Arbeit in festen Allianzen (auch hinsichtlich aufkommender Wahlen in Europa) schwieriger werden dürfte. Wir werden daher noch mehr in flexibleren Formaten und Ad-hoc-Zusammenschlüssen wie Koalitionen der Willigen denken und arbeiten müssen.

Die USA bleiben für uns von Bedeutung

Trotz aller Anstrengungen dürfte Europa mittelfristig weiterhin von US-Sicherheitsgarantien und Schlüsselfähigkeiten wie dem nuklearen Schutzschirm, Satellitenkommunikation, Aufklärung oder Luftbetankung abhängen. Diese Fähigkeiten lassen sich kurzfristig nur schwer ersetzen und sind zudem extrem kostspielig. Außerdem wird die integrierte Kommandostruktur der NATO maßgeblich von den USA unter- und aufrechterhalten.

Die Europäer müssen nun entscheiden, welche Fähigkeiten sie selbst prioritär entwickeln bzw. beschaffen wollen und bei welchen Fähigkeiten auch weiterhin eine Abhängigkeit von den USA in Kauf genommen werden kann bzw. muss. Es geht dabei nicht nur um Gerätschaften und Technologien, sondern auch um das Personal, das befähigt ist, die sogenannten critical enablers zu bedienen.

In Anbetracht dieser Abhängigkeiten sollte Europa es sich zur Priorität setzen, eine Einigung mit den USA über einen geordneten Übergang des Burden Shifting und der Bereitstellung zentraler Fähigkeiten für eine Übergangszeit auszuhandeln.

Die verteidigungspolitischen Herausforderungen, vor denen Europa zu Beginn der Administration Trump 2.0 steht, sind immens. Doch bei allen Unwägbarkeiten, die Trumps Agieren mit sich bringt, könnte seine zweite Amtszeit auch als Katalysator für dringend notwendige Entscheidungen und wichtige Prozesse auf dem Weg zur Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit Europas dienen. ■

Der Beitrag wurde am 10. April 2025 fertiggestellt. Alle nachfolgenden Entwicklungen sind nicht berücksichtigt.



Angesichts der andauernden Kämpfe in der Ukraine und der zunehmenden Bedrohung durch Russland fordern die baltischen Staaten klare, entschlossene Antworten des Westens. Sie sehen den Krieg nicht nur als militärischen Konflikt, sondern als Test für die Fähigkeit Europas und der NATO, ihre Sicherheit zu verteidigen – mit dem Ziel, den Angriff zu beenden, bevor er auf NATO-Territorium übergreift.

Geopolitische Lage

Das Schicksal der Ukraine ist ein europäisches

Die Unterstützung der Ukraine hat sich in den baltischen Staaten zu einem wichtigen Instrument zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit entwickelt. Drei Jahre nach Beginn des umfassenden russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben diese Länder ihre Verteidigungsausgaben um mehr als 50 Prozent gesteigert, die politischen Reihen sind geschlossen und die zivilgesellschaftliche Unterstützung bleibt weiterhin stark.

Text: Oliver Morwinsky/Leiter des Auslandsbüros Baltische Staaten

„Versuchen wir, den Krieg zu beenden oder den Angriff zu stoppen?“ Trotz der mehr als 1.000 Tage des russischen Angriffs auf die Ukraine und dem allgemeinen „Westen“ gibt es immer noch unterschiedliche Meinungen zu den gemeinsamen Zielen, die mit dem russischen Angriff verbunden sind. Die Lage ist im Fall der drei baltischen Länder klar: Die Ostsee, Litauen, Lettland und Estland liegen insbesondere aufgrund ihres geografischen Standorts im Zentrum der politischen Debatte. Diese Klarheit zeigt sich in der Gesellschaft in mehreren Bereichen des politischen Diskurses, insbesondere in der Entwicklung von Verteidigungsausgaben. Alle drei Länder haben ihre Verteidigungsausgaben erheblich erhöht, wobei einige um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Lettland gab im Jahr 2021 2,2 Prozent seines BIP für die Verteidigung aus (entsprechend 1,73 Milliarden Euro), aber im Jahr 2025 werden bereits 3,45 Prozent verausgabt. In Estland stieg der Verteidigungsanteil von 2,2 Prozent (1,9 Mil-

liarden Euro im Jahr 2021) auf 3,3 Prozent. Litauen verwendete 2021 2,1 Prozent (1,73 Milliarden Euro) des BIP für Verteidigungsausgaben; 2025 sind es 3,5 Prozent (2,8 Milliarden Euro). Derzeit gibt es eine Debatte über die Möglichkeit eines Anstiegs von 5 Prozent bis 6 Prozent in den nächsten Jahren, was rund 12,5 Milliarden Euro entspricht. Diese Erhöhungen spiegeln das starke Engagement der baltischen Länder und die Ausweitung der Verteidigungsfähigkeiten angesichts wachsender Sicherheitsbedrohungen in der Region wider. Dies beinhaltet nicht nur die Stärkung des Militärs und seiner hervorragenden Ausrüstung des Landes, sondern auch den Bau der „baltischen Mauer“ an der Grenze zwischen Russland und Belarus. Zu den Maßnahmen gehören neue Schutzgebäude wie Bunker, Stacheldrahtzäune und moderne Grenzsicherheitsausrüstung. In der Militär-

branche wurden auch Initiativen wie die lettische Drohnenkoalition eingeführt, die darauf abzielt, die militärische Nutzung zu verbessern und die Verteidigungsfähigkeiten der Region zu stärken.

Trotz dieser zusätzlichen Kosten fanden einige von ihnen in Zeiten des sinkenden Wirtschaftswachstums statt. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2024 gab es kritische Stimmen wie in Litauen. Hier wurde eine populistische Partei namens „Dawn by Nemunas“ Teil der Regierung und kritisiert die Erhöhungen der Verteidigungsausgaben. Es gibt ähnliche Stimmen in Lettland und Estland, aber sie spiegeln nicht die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung wider. Alle Regierungsparteien genießen in diesem Bereich weiterhin breite Unterstützung.

In Bezug auf die europäische Zusammenarbeit herrscht in der baltischen Region weitgehende Einigkeit darüber, dass sowohl nationale als auch europäische Verteidigungsausgaben durch gemein-



Die baltischen Staaten haben ihre Verteidigungsausgaben um mehr als 50 Prozent erhöht, weil sie sich der wachsenden Sicherheitsbedrohungen durch Russland bewusst sind.

same Schulden finanziert werden sollten. „Es muss jetzt schnell gehandelt werden“, betonte kürzlich der litauische Präsident Gitanas Nausėda, da die Zeit drängt und die existenzielle Bedrohung groß ist. Die baltischen Staaten sind sich einig, dass Russland nach dem aktuellen Verlauf des Krieges nicht geschwächt, sondern „dreimal fähiger als zu Beginn“ ist, wie die litauische Verteidigungsministerin Dovilė Šakalienė feststellte.

Eine politische Lösung des Konflikts, die den russischen Vorstellungen entspricht (einschließlich der Aufgabe von Gebieten der Ukraine, eines Waffenstillstands und der Aufgabe des NATO-Beitrittswunsches der Ukraine), würde die Wahrscheinlichkeit eines künftigen russischen Angriffs auf NATO-Territorium erheblich erhöhen – möglicherweise schon bis 2029. Bereits stattfindende hybride Angriffe wie das Abkappen von Unterseekabeln in der Nordsee oder Drohnenflüge über militärische Einrichtungen in Deutschland zeigen die Absicht Russlands, die Reaktionen des Westens zu testen und möglicherweise die Grundlage für spätere militärische Maßnahmen zu schaffen. Daher fordern die baltischen Staaten klare und entschlossene Antworten, um die Handlungsfähigkeit des Westens zu demonstrieren.



CC BY 2.0

Die von der CDU geführte Bundesregierung sieht sich hohen Erwartungen ausgesetzt – insbesondere hinsichtlich einer klaren Formulierung gemeinsamer Ziele und deren konsistenter Umsetzung; dies gilt besonders für eine härtere Russlandpolitik.



Shutterstock

In Estland werden 47 Prozent der Bevölkerung darauf vorbereitet, eine Woche ohne Strom auszukommen.

Die USA sind in den baltischen Ländern militärisch stark vertreten, insbesondere als Teil der NATO. Darüber hinaus bieten die Vereinigten Staaten militärische Hilfe und Ausrüstung an, um ihre Verteidigung in der Region zu stärken. Die politische bindende Kraft der drei Staaten an die Vereinigten Staaten ist ebenfalls stark – insbesondere im Hinblick auf ihre militärische Präsenz und den damit verbundenen Schutz.

Die Wiederwahl von Donald Trump kann als Faktor für die Frage herangezogen werden, warum die Verteidigungsausgaben in der Region erheblich zugenommen haben oder weiter steigen. Vor allem möchten die baltischen Staaten, dass diese Unterstützung eine stärkere Abschreckung und zusätzliche Unterstützung bei ihrer Verteidigung entfaltet.

Resiliente Gesellschaft

Die Gesellschaften der baltischen Länder konzentrieren sich auf mögliche Notfälle. Notfallpläne wurden überarbeitet und an die Bevölkerung verteilt – ähnlich wie Informationsmaterialien wie die „72-Stunden-Broschüren“. Zusätzlich zu militärischen Übungen

Der Autor

Oliver Morwinsky ist seit Januar 2020 Referent für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Hauptabteilung Analyse und Beratung. Zuvor war er ab Januar 2019 Koordinator des Projekts „European narrative“ in der Abteilung Außen-, Sicherheits- und Europapolitik im EIZ.



Foto: Oliver Morwinsky

werden auch Evakuierungsübungen abgehalten. In Estland werden 47 Prozent der Bevölkerung darauf vorbereitet, eine Woche ohne Strom auszukommen. Insgesamt ist die Gesellschaft klarer geworden und immer widerstandsfähiger gegenüber potenziellen Bedrohungen.

Die russische Desinformationskampagne ist allgegenwärtig – zuletzt wurde Anfang Februar 2025 das Land vom russischen sowie belarussischen Stromnetz getrennt. In Anbetracht dieser Bedrohungslage bleibt die Unterstützung für die Ukraine enorm. Spendenkampagnen wurden immer wieder ins Leben gerufen – einige erreichten Millionenbeträge. Angesichts relativ kleiner Bevölkerungen ist dies erheblich (Lettland: 1,9 Millionen, Estland: 1,3 Millionen, Litauen: 2,9 Millionen).

Blick auf Berlin

Die baltischen Länder erwarten eine starke politische Führungsrolle aus Deutschland sowie Schutz – insbesondere durch die Etablierung einer kampffähigen Brigade in Litauen. Gleichzeitig wollen sie Zuverlässigkeit und Vertrauen – Werte, die im Zusammenhang mit kontroversen Debatten über Waffenauslieferungen Bedeutung erlangt haben.

Eine entschlossenere Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands ist eine große Hoffnung für diese drei Staaten. Die von der CDU geführte Bundesregierung sieht sich hohen Erwartungen ausgesetzt – insbesondere hinsichtlich einer klaren Formulierung gemeinsamer Ziele und deren konsistenter Umsetzung; dies gilt besonders für eine härtere Russlandpolitik.

Aus Sicht der baltischen Staaten wird die Glaubwürdigkeit deutscher Sicherheitspolitik weitgehend an ihrer Unterstützung für die Ukraine sowie ihrer Reaktion auf Russland gemessen. ■



In Anbetracht dieser Bedrohungslage bleibt die Unterstützung für die Ukraine enorm. Spendenkampagnen wurden immer wieder ins Leben gerufen.

Themenserie

Warum Bündnisverteidigung?

Eine historische Annäherung im Jubiläumsjahr 2025

Zunächst bin ich der Redaktion dankbar, dass ich in den nächsten beiden Ausgaben die folgenden Gedanken mit den Themen „Landesverteidigung“ und „Militärpolitik nach der Wiedervereinigung“ noch einmal aufnehmen darf. Aufgrund einer historischen Herleitung wird es schließlich möglich sein, unsere heutige Lage besser verstehen und beurteilen zu können, um die Zukunft hoffnungsvoll zu gestalten.

Text und Bilder: Rufin Mellentin



Siegessäule in Siegburg. Wie die Berliner Siegessäule erinnert sie an den Sieg über Frankreich. Auf dem Sockel steht: „Ich zeige nach oben, dem Retter zu loben.“

Sich dem Frieden vom Gedanken des Phänomens des Krieges aus zu nähern war in Deutschland seit dem Ende des 2. Weltkrieges in weiten Teilen der Bevölkerung desavouiert. Infolge der russländischen Invasion in die Ukraine ist schlagartig ein gesellschaftlicher Perspektivenwechsel eingetreten, der jedoch aufgrund eines langen Desinteresses für militärisches Grundwissen fehlerhafte Lagebeurteilungen und Zukunftsängste impliziert, was den Blick in eine mutige und hoffnungsvolle Zukunft zu trüben vermag. Viele „Experten“ werfen hier Nebelkerzen und unterschiedliche Gegner in der hybriden Kriegführung tun ein Übriges. Zum Grundverständnis aller drei Beiträge und fünf kurze Vorbemerkungen: Bündnisverteidigung ist auf das Engste mit der Landesverteidigung verbunden.

„Militärpolitik“ folgt der „Außen- und Sicherheitspolitik“. Diese ist gleichsam ihr stärkster Arm und greift dann, wenn „Diplomatie“ an ein vorläufiges Ende gelangt ist. Streitkräfte sind dabei, vom „Worst Case“ zu denken und darauf vorzubereiten.

Die Fähigkeit, mit Militär einen Frieden in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu gestalten, hängt von der „Kriegstüchtigkeit“ der Streitkräfte und der „Resilienz“

der diese unterstützenden Gesellschaft(en) ab. Kriegstüchtigkeit ist dabei zu allen Zeiten ein Produkt aus physischen Fähigkeiten (z. B. „Sondervermögen“, Ausbildung), und psychischen Fähigkeiten (Motivation, Wehrwille). Ist in dem Produkt ein Faktor null, dann gilt dies auch für die Kriegstüchtigkeit. Zuletzt mussten wir dies in Afghanistan so erleben.

Militärisches Denken findet auf drei Ebenen statt. Auf der untersten, der „taktischen Ebene“, wird versucht, das Gefecht zu gewinnen, die „operative Ebene“ versucht die Schlacht, die „strategische Ebene“ schließlich versucht den Krieg zu gewinnen. Spätestens hier sollte die politische Ebene Hand in Hand mit dem Geschehen verbunden sein, um einen „gerechten Frieden“ zu ermöglichen. Der gemeinsame Wille von Streitkräften und Politik, gegebenenfalls alle Ebenen erfolgreich auskämpfen zu können und zu wollen, ermöglicht es auch unserer Demokratie einen guten und gerechten Frieden zukunftsfähig zu erhalten und zu gestalten.

Bündnisse dienen dazu, Fähigkeiten auszugleichen. Sie basieren auf Vertrauen und gegenseitiger Zuverlässigkeit. Sie beeinflussen beide Faktoren der „Kriegstüchtigkeit“ sowie alle Ebenen der Kriegsführung, Friedens-

gewinnung und Gestaltung, sowie eine glaubwürdige Abschreckung zur Kriegsvermeidung. Bündnisse leben von einem großen gemeinsamen Nenner, der sich aus zwei Fragen speist: Wogegen sind wir und wofür stehen wir? Für uns Christen hat die zweite Frage zumeist Priorität, und dabei bleibt es eine unumstößliche Wahrheit weiter zu Fragen: Und was kann ich dazu beitragen? Nun ein kurzer Streifzug durch unser Jubiläumsjahr 2025: Vor 155 Jahren erfolgte mit der französischen Kriegserklärung an Preußen die schicksalhafte Auseinandersetzung in Europa, die die Saat für zwei folgende Weltkriege setzte. Die „Ehre Frankreichs“ war verletzt worden, und Napoleon III vernachlässigte die preußischen Bündnisfähigkeiten, und den Willen der deutschen Teilstaaten zur nationalen Einigung. Schon bei den ersten Begegnungsgefechten und Schlachten (Wörth, Metz) waren auch süddeutsche Kontingente auf dem Kriegsschauplatz. Der Sieg bei Sedan führte beim preußisch-deutschen Generalstab zur Illusion, Kriege durch Entscheidungsschlachten beenden zu können. Im neuen deutschen Nationalstaat, verstärkte der „Sedantag“ als nationaler Feiertag dieses Denkmuster in Politik und Gesellschaft. Aus der Erfahrung, Kriege auch infolge eigener nationaler Kraft und gesellschaftlicher Geschlossenheit siegreich führen zu können, ent-



In Deutschland war es lange Zeit schwierig, sich mit dem Thema Krieg auseinanderzusetzen, besonders nach dem 2. Weltkrieg.

stand vor 120 Jahren der „Schlieffen-Plan“. Dem „Worst Case“ eines Zweifrontenkrieges sollte offensiv begegnet werden, und nach einem schnellen Sieg über die Masse der Feindkräfte des vermeintlich stärksten Gegners, dann den zweiten Gegner militärisch niederzuwerfen. Auch in Ermangelung einer politischen und militärischen Alternative führte im Sommer 1914 die Krise um den Bundesgenossen Österreich-Ungarn zur fatalen Kette europäischer Kriegserklärungen. Um Allianzen war man bemüht, und jede Seite glaubte, sich für eine gerechte Sache einzusetzen. Nach dem katastrophalen Ergebnis versuchte man dann in der Nachkriegsordnung mit dem Genfer Völkerbund, den Frieden in der Welt nachhaltig zu sichern. Vor 100 Jahren wurden mit den Verträgen von Locarno völkerrechtliche Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich getroffen, die auch Deutschland die Aufnahme in den Völkerbund ermöglichten, des Vorläufers der im Sommer 1945 gegründeten UN.

Ohne Teilnahme der kommenden Supermächte USA und SU (SU wurde 1934 zwar Mitglied, dann aber 1939 aufgrund des Übergriffs auf Finnland ausgeschlossen) und ohne Sanktionsmöglichkeiten war der Völkerbund hilflos, die Katastrophe des nächsten Weltkrieges zu verhindern. So überraschte Hitler am Morgen des 22. Juli 1941 die Weltöffentlichkeit mit folgenden Worten: „Heute habe ich das Schicksal des Deutschen Volkes in die



Der untere Teil der Siegessäule in Siegburg.



Gruppenbild mit Konrad Adenauer, Jean Monnet, Robert Schuman und Alcide de Gasperi am Centre Européen in Metz. Die Skulptur wurde 2012 von Putin den Europäern geschenkt; die Bodenplatte zeigt die alten Grenzen der Sowjetunion.

Hände unserer Soldaten gelegt!“ Ohne Kriegserklärung und mit der Begründung eines Präventivkrieges begann mit dem „Unternehmen Barbarossa“ das blutigste Kapitel der deutschen Militärgeschichte. Propagandistisch wurde dabei an die Kreuzzüge erinnert, und das gottlose Nazi-System täuschte und missbrauchte dabei auch ihre Bundesgenossen. Das Balkenkreuz zur Identifizierung der eigenen Truppen im Gefecht und das Motto „Gott mit uns“ auf den Koppelschlössern des Heeres verstellten den Blick auf die brutale Wirklichkeit. Als am 22. Juli 1944 die Bombe im Führerhauptquartier gezündet wird, steht Adolf Heusinger neben Hitler und erläutert ihm als Chef der Operationsabteilung des Heeres die katastrophale Lage an der Ostfront. Für diesen Kriegsschauplatz ist das Oberkommando des Heeres zuständig. Heusinger überlebt das Attentat, gerät in den Verdacht der Gestapo und wird bis Kriegsende nicht mehr verwendet. Bei Gründung der Bundeswehr wird er erster Generalinspekteur und ab 1961 Vorsitzender des NATO-Militärausschuss werden.

Der Autor



Rufin Mellentin ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS und Mitglied im Sachausschuss Sicherheit und Frieden.

Als vor 80 Jahren mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht eine der größten Katastrophen der Geschichte endet, ist auch das Vertrauen in die eigene Wehrhaftigkeit nachhaltig erschüttert. Für die Weltöffentlichkeit sind Deutschlands und Japans Weltherrschaftsambitionen Hauptgründe für die Entfesselung des Weltkrieges. So werden ihnen eine Wiederbewaffnung und die Aufnahme in die im Sommer 1945 gegründete UN zunächst kategorisch verweigert. Für Deutschland ist die eigene staatliche Unabhängigkeit zunächst unmöglich. So empfinden es Zeitgenossen als Wunder, als mit der Unterzeichnung des Grundgesetzes 1949 eine einmalige Erfolgsgeschichte für Frieden, Freiheit und Wohlstand beginnen kann. Für uns Christen erscheint dabei besonders der Artikel 1 des Grundgesetzes wie eine „Zusammenfassung des Neuen Testaments“. Es ist die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die unser staatliches Handeln seitdem Ziel und Orientierung gibt. Als Vater dieses Grundgesetzes gilt Konrad Adenauer, der auch erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden wird. Souverän ist dieser Staat zunächst nicht. Fehlt doch im GG von 1949 jedweder Hinweis auf eigene Streitkräfte, die auch dem Satz 2 Artikel 1 („Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“) volle Wirkmächtigkeit geben. Adenauer ist zunächst noch sein eigener Außenminister. Mit einem Außenministerium wird die Fähigkeit zu einer eigenen Sicherheitspolitik verknüpft, und auch die deutsche Wirtschaftspolitik wird argwöhnisch unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Wiederbewaffnung gesehen. So kommt dem jungen Staat vor 75 Jahren der „Schuman-Plan“ zu Hilfe, der mit der Zusammenlegung der westdeutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion eine Grundlage für die deutsch-französische Aussöhnung und für ein europäisches Wirtschaftswunder legen wird. Mit Robert Schuman, Jean Monnet und Alcide de Gasperi hatte Adenauer Männer gefunden, die vom gleichen christlichen Leitgedanken motiviert waren, Frieden und Gerechtigkeit mit gegenseitigem Vertrauen zu verwirklichen. In Artikel 24 (1) GG ist die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen vorgesehen, und so war im GG von 1949 auch die Grundlage für die spätere EWG und EU gelegt. Heute ist die EU die stärkste Handelsmacht der Welt. 1950 beginnt mit dem Koreakrieg die erste große Auseinandersetzung mit UN-Beteiligung. Nun kommt auch Bewegung in die Frage einer möglichen westdeutschen Wiederbewaffnung. ➔

In der Folge werden im Rahmen der „Himmeroder Denkschrift“ ehemalige Wehrmachtoffiziere im Kloster Himmerod die Führungskultur der „Inneren Führung“ reflektieren, um die notwendige Kampfkraft künftiger Streitkräfte mit neuen demokratischen Strukturen zu verbinden – weg vom „bedingungslosen Gehorsam“, hin zum Soldaten als mündigen „Staatsbürger in Uniform“ Weg vom „bedingungslosen Gehorsam“ hin zum Soldaten als mündigen „Staatsbürger in Uniform“.

Letztlich ermöglicht der „Kalte Krieg“ vor 70 Jahren die Gründung der Bundeswehr, als am 05.05.1955 durch Konrad Adenauer die Pariser Verträge ratifiziert werden. Damit enden die Besatzungsstatute. Gleichzeitig wird Westdeutschland Mitglied im bereits am 04.04.1949 gegründeten NATO-Bündnis sowie in der Westeuropäischen Union (WEU), ein kollektiver militärischer Beistandspakt von Frankreich, Großbritannien, den Benelux-Ländern und Italien, der sich heute noch in den EU-Verträgen wiederfindet („GASP“, Artikel 42-46 EUV). Als Reaktion folgt unmittelbar darauf die Gründung des „Warschauer Paktes“, dem die DDR am 28.01.1956, zehn Tage nach der Unterzeichnung des Gesetzes zur Gründung der Nationalen Volksarmee, beitrifft.

Als neues NATO-Mitglied verpflichtet sich Westdeutschland, 12 Divisionen, Luftwaffe und Marine mit annähernd 500.000 Soldaten aufzustellen. Diese sollen von Beginn an den NATO-Kommandostrukturen unterstellt werden. „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundlage ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.“ So wird Artikel 87 GG durch 87 a (1) ergänzt. Damit verzichtet der Staat auch auf einen eigenen Generalstab, der historisch die Angriffskriege ermöglicht hatte. Dies hatte 1949 bereits der Artikel 26 GG vorsorglich unter Strafe gestellt. Letztlich sind damit alle Ebenen der militärischen Handlungsoptionen mit der NATO verwoben. Die taktische Ebene verzichtet auch auf die Ausstattung und Ausbildung mit dem Bajonett als klassische (Gegen) Angriffswaffe im Gefecht, auf eine Fein-derziehung und auf einen bedingungslosen Gehorsam. Stattdessen wird zu einer verantwortungsvollen Auftragstaktik im Sinne unseres Grundgesetzes erzogen. Der persönliche Soldateneid bindet direkt an das GG und soll auf allen Führungsebenen dem soldatischen Dienst einen tieferen Sinn vermitteln.

Rückblickend ist die von Adenauer eingeleitete Westbindung Deutschlands, die damit verbundene Stärkung

des Europäischen Pfeilers der NATO durch wirtschaftliche Kraft der EU, die Förderung des Gemeinwohles, die gemeinsame Wertebindung an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde sowie die staatliche Berechenbarkeit für Partner und Gegner ein Glücksgriff deutscher Geschichte. Diese Konstanten gilt es auch in Zukunft zu bewahren, um die notwendige gesellschaftliche Positionierung und Orientierung nicht zu verlieren.

Als Adenauer im September 1955 zu seiner vielleicht schwierigsten Reise nach Moskau aufbricht, führt ihn zuvor eine Reise in die Schweiz, wo er am Grab des Schweizer Friedensstifters und Soldaten, des „Nationalheiligen“ Niklaus von der Flüe, stilles Gebet hält. Am Ende der folgenden Moskareise werden die letzten deutschen, in der SU als Kriegsverbrecher zurückgehaltenen, 10.000 Kriegsgefangenen nach Hause kommen. Bei der Bundestagswahl zum 3. Bundestag im September 1957 wird er mit 50,2 Prozent ein historisch einmaliges Wahlergebnis einfahren. Am 01. April des gleichen Jahres waren die ersten Wehrpflichtigen in die Kasernen eingerückt. So wird die Landesverteidigung bis zur Wiedervereinigung im Zentrum der sicherheitspolitischen Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit stehen, bis sie mit der Aussetzung der Wehrpflicht und den sogenannten Auslandseinsätzen aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit gerät.

Ihre auch bis heute und von Anfang an bestehende Verzahnung mit der Bündnispolitik wird Gegenstand der abschließenden Betrachtung und Bewertung der nächsten Ausgaben sein. ■

FORTSETZUNG FOLGT

Der Artikel ist der erste Teil einer Trilogie, in der wir uns mit wichtigen Themen der Sicherheitspolitik befassen. In den kommenden Artikeln werden wir die Aspekte „Landesverteidigung“ und „Militärpolitik nach der Wiedervereinigung“ näher beleuchten.

ESKALATION ODER EINDÄM- MUNG DER GE- WALT

Waffenlieferungen an die Ukraine werden unterschiedlich bewertet – von moralischer Unterstützung bis hin zu ethischer Ablehnung. Dabei bleibt die Frage, wann und unter welchen Bedingungen Waffen moralisch vertretbar sind, eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft. →

Text: Prof. Dr. Alexander Merkl

Die Rüstungsexportpolitik liegt grundsätzlich in nationaler Kompetenz. Deutschland agiert heute als weltweit präsenzte Rüstungsexportation. Die anfängliche Weigerung nach dem 2. Weltkrieg, Waffen – insbesondere in Krisengebiete – zu exportieren, ist mittlerweile dem Paradigma einer restriktiven Genehmigungs politik gewichen.

In einer Umfrage von infratest dimap Anfang Januar 2023 wurde die Frage gestellt, wie die Unterstützung der Ukraine durch ebensolche Waffenlieferungen durch die deutsche Politik bewertet werde. Für 26 Prozent der 1.314 Befragten ging die Unterstützung mit Waffen zu weit, 40 Prozent betrachteten sie als angemessen, für 25 Prozent ging sie nicht weit genug. Im kirchlichen Kontext begegnet einem ein ähnlich heterogenes Meinungsbild. Die deutschen Bischöfe halten Rüstungslieferungen an die Ukraine, die dazu dienen, dass das angegriffene Land sein völkerrechtlich verbrieftes und auch von der kirchlichen Friedensethik bejahtes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen kann, für grundsätzlich legitim. Ablehnend äußerte sich dementsprechend der Friedensbeauftragte der EKD, Friedrich Kramer: „Müssen wir nicht um der Gerechtigkeit und Nächstenliebe willen helfen? Das ist klar. Aber auch mit Waffen? Ich sage Nein.“



Foto: Prof. Dr. Alexander Merkl

Prof. Dr. Alexander Merkl ist Professor für Theologische Ethik in Hildesheim. Er studierte katholische Theologie, lateinische Philologie und Erziehungswissenschaften in Regensburg, wo er 2015 im Fach Moralthologie promoviert hat.



Foto: Shutterstock

Es ist evident, dass Waffenlieferungen keine ‚Lösung‘ eines Konflikts darstellen. Es handelt sich um die Weitergabe von offensichtlich schadenverursachenden, zerstörerischen und sogar potenziell tödlichen Gewaltmitteln. Waffenexporte sind damit allenfalls ein kleineres Übel und können, wenn überhaupt, nur eine Maßnahme unter anderen sein wie Sanktionen, Diplomatie, Formen passiven oder aktiven Widerstands. Sie setzen nicht an der Ursache von Krieg und Konflikt an, sondern sind lediglich Ausdruck der Reaktion auf offensichtliche Fehlentwicklungen, die zu verhindern nicht gelungen ist. Sie beugen Gewalt nicht vor und vermeiden diese nicht, weshalb nach Alternativen zu suchen bleibt. Jedoch können sie unter Umständen dazu beitragen, die Sicherheit von Menschen zu fördern und diese vor physischer Gewalt zu schützen, das Gewaltmonopol oder die Verteidigungsfähigkeit eines Staates zu stärken und Gewalt einzudämmen. Die Lieferung von Gewaltmitteln ist nicht per se unethisch. Sie ist jedoch nur im Ausnahmefall vertretbar, in hohem Maße begründungspflichtig und im Normalfall untersagt.

Wichtig ist ebenfalls, die Ausfuhr von Waffen nicht von wirtschaftlichen Interessen abhängig zu machen und als ein reguläres ‚Mittel der Wirtschaftspolitik‘ zu verstehen. Auf (inter-)nationaler Ebene sind Waffenlie-

Territoriale Verteidigung in Kiew: Viele Zivilisten haben sich in die Gebietseinheiten eingetragen, um ihre Stadt und Region aktiv zu schützen.

ferungen durch Übereinkommen restriktiv zu regulieren und transparent zu machen. Die missbräuchliche Verwendung dieser Waffen, deren Möglichkeit gemäß dem ethischen Grundsatz kein generelles Gegenargument zur ethischen Vertretbarkeit sein kann, ist durch verschiedene Kontrollmechanismen möglichst auszuschließen. Ausgehend von diesen prinzipiellen ethischen Orientierungen ist die Frage nach der moralischen Erlaubtheit von Waffenlieferungen im konkreten Einzelfall eine komplexe Frage, die weder generelle noch einfache Antworten zulässt: Wer liefert was, an wen, in welcher Situation, mit welcher Absicht, mit welchen möglichen Folgen und konkreten Zielen?

Grundsätzlich ist immer wieder neu zu klären, welcher Staat als Handlungsakteur welche Arten von Waffen an welchen Staat ausführen will. Zu fragen ist, ob legitime Akteure am Transfer beteiligt sind, ob die zur Verfügung gestellten Waffen in der Verfügung des Empfängers blei-

ben und ob Korruptionsgefahr besteht. Dabei mögen die internationale Wahrnehmung und Einbindung des jeweiligen Staates, eine legitime, besser noch demokratisch legitimierte Regierungsführung oder auch die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung eine bedeutsame Rolle für die ethische Bewertung spielen. Im Hinblick auf die Waffenarten wird zwischen leichten und schweren Waffen unterschieden, was jedoch eine trennscharfe Grenzziehung kaum zulässt. Eindeutige Definitionen fehlen. Als tragfähiger könnte sich die Differenzierung zwischen offensiven und defensiven Waffen erweisen. Dies wäre für die moralische Bewertung auch deswegen hilfreicher, weil der Ausfuhr defensiver Waffen, von Raketenabwehrsystemen, gewiss eher zugestimmt werden könnte als dem Transfer von Waffen, die auch offensiv, z. B. zum militärischen Gegenschlag, verwendet werden können, wobei hier Graubereiche bleiben mögen.

Ebenfalls wichtig für das moralische Urteil ist der konkrete situative Kontext, innerhalb dessen die Waffenlieferungen zu verorten sind, z. B. der Krieg in der Ukraine. Die friedensethische Mehrheitsposition zu diesem konkreten Anwendungskontext zeichnet sich durch zwei Kernannahmen aus. Zum einen wird der Ukraine ein völkerrechtlich verbürgtes moralisches Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gegen den völkerrechtswidrigen und als ‚spezielle Militäroperation‘ semantisch verhüllten Angriff Russlands zugesprochen. Daraus wird die moralische Pflicht, besser: das Recht, Deutschlands abgeleitet und begründet, diese Selbstverteidigung durch eine restriktive, transparente und gezielte Lieferung von Waffen zu unterstützen, um die Gewalt nachhaltig einzudämmen, was zugleich die mit den Waffenlieferungen verbundene Intention benennt. Wichtig ist somit, dass die Waffenlieferungen sowohl quantitativ als auch qualitativ für die Befähigung zur Verhinderung oder Abwehr primärer Gewalt in real möglichen Notwehr- und Nothilfesituationen tatsächlich nötig sind. Dies aber kann die grundsätzliche Ambivalenz von Waffenlieferungen an die Ukraine nicht gänzlich auflösen. Gemeint ist die Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit von Freiheit, Leben und Souveränität einerseits und die Gefahr einer militärischen Eskalation. ➔

Die Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme und ihrer Folgen ist damit ähnlich wie die verfolgte Intention von zentraler Bedeutung. Es geht um die Frage, wann die Verursachung oder Zulassung eines Übels oder Schadens gerechtfertigt ist. Dies ist nur dann der Fall, wenn Handlungen oder Maßnahmen unter Berücksichtigung der konkreten Gegebenheiten, der langfristigen Wirkungen und der wahrscheinlichen Folgen erforderlich, angemessen und geeignet sind, um das gewünschte Gut zu verwirklichen oder um ein noch größeres Übel zu verhindern. Zentraler Bewertungsmaßstab der Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme sind zwar nicht nur, aber doch ganz wesentlich de-

ren Folgen. Hier aber greift wiederum das Problem der ethischen Reflexion unter empirischer Unsicherheit, insofern nicht alle Folgen, insbesondere Langzeitfolgen, a priori vorhergesehen werden und eben auch nicht-intendierte Folgen eintreten können. Gewiss aber sollten mindestens gravierende und irreversible negative Folgen ausgeschlossen werden.

Die vorangegangenen Analysen führen vor Augen, dass Waffenlieferungen zwar generell weder gut noch schlecht sind, aber doch grundsätzlich moralisch zu untersagen sind, da es sich um die Ausfuhr von schadenverursachenden und potenziell tödlichen Gewaltmitteln handelt. Nur im Notfall als

Nothilfe und zur Notwehr angesichts einer extremen Gefahrenlage werden sie zwar als ein bleibendes Übel, aber doch im Sinne einer verhältnismäßigen Ausnahme als moralisch vertretbar erachtet werden können im Wissen um die bleibenden empirischen Unsicherheiten und Ambivalenzen. Die Beweislast liegt letztlich bei den Befürwortern entsprechender Maßnahmen. Unverzichtbar sind hierbei die möglichst präzise Darstellung der Handlungskontexte, die Suche nach Alternativen, das Bemühen um Transparenz, überzeugende Teilantworten auf die oben formulierte Leitfrage sowie eine rückblickende und regelmäßige Revision und Evaluation der Wirkungen von Waffenlieferungen. ■

“

Waffenlieferungen sind grundsätzlich kein unbedenkliches Mittel, sondern nur im Ausnahmefall und unter strengen Voraussetzungen moralisch vertretbar.

Eine Luftverteidigungseinheit der ukrainischen Streitkräfte, die als Drohnenjäger in der Region Odesa in der Ukraine stationiert ist.



Foto: Shutterstock

Foto: Shutterstock

Luftwaffe

Der Aufwuchs und die Modernisierung der bodengebundenen Luftverteidigung der Luftwaffe

Durch schnelle Beschaffung, technologische Innovationen und europäische Zusammenarbeit wird die Verteidigungsfähigkeit erheblich ausgebaut, um Bevölkerung, Infrastruktur und Landoperationen effektiv zu schützen.

Text: Oberst i. G. Dennis Krüger und Oberstleutnant Thomas Finkeldey

Während des Kalten Krieges bildete die bodengebundene Luftverteidigung ein wesentliches Element in der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der NATO zum Schutz vor Bedrohungen aus der Luft durch die Kräfte des Warschauer Paktes. Zusammen mit alliierten Partnern wurde seinerzeit ein Luftverteidigungsgürtel von Nord nach Süd durch Europa errichtet. Im Zentrum dieses Gürtels: Deutschland, im Falle eines Konflikts der erwartete Kulminationspunkt der militärischen Auseinandersetzungen. Zudem verfügte das Heer zum Schutz der Landstreitkräfte über eine schlagkräftige Heeresflugabwehr. Dies bildete ein schwerwiegendes defensives Potenzial, die gegnerischen Handlungsoptionen erheblich einzuschränken und dessen Operationsführung massiv zu erschweren.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Paktes richtete sich der Fokus der NATO primär auf das internationale Krisen- und Konfliktmanagement aus. In den Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte standen die eingesetzten Kräfte keiner nennenswerten Bedrohung aus der Luft gegenüber. In der Folge reduzierten viele der NATO-Mitgliedsstaaten – so auch Deutschland – die Kräfteumfänge im Bereich der bodengebundenen Luftverteidigung, investierten nur wenig in deren Modernisierung oder gaben sie gleich ganz auf.

Innerhalb der Bundeswehr wurden im Jahre 2012 die Aufgaben im Bereich der bodengebundenen Luftverteidigung und Flugabwehr in Gänze der Luftwaffe zugeordnet. Diese übernahm u. a. aufgrund der zu erwartenden Einsatzrelevanz die Aufgaben zum Nächstbereichsschutz gegen Raketen, Artillerie und Mörser sowie die Fähigkeit des Schutzes beweglich geführter Operationen der Landstreitkräfte, einhergehend mit der Einführung bzw. Übernahme der Waffensysteme MANTIS und des leichten Flugabwehrsystems. Der Verzicht auf einen organischen begleitenden Flugabwehrschutz im Heer wurde aufgrund der damaligen und seinerzeit absehbaren Einsatzrealitäten als hinnehmbar bewertet und in der Folge die Heeresflugabwehr aufgelöst.



Foto: Shutterstock

Moderne Drohnen (Unmanned Aircraft Systems) stellen eine vielfältige und wachsende Bedrohung für die bodengebundene Luftverteidigung dar.



Die bodengebundene Luftverteidigung muss schnell befähigt werden, in allen Abfangschichten – Luft und Weltraum – gegen das gesamte Bedrohungspotenzial wirken zu können.

Im Zuge der Refokussierung der Bundeswehr auf die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) kommt auch dem Schutz beweglich geführter Operationen der Landstreitkräfte sowie von Kräften und Einrichtungen am Boden wieder eine besondere Bedeutung zu, die in der bodengebundenen Luftverteidigung eine erhebliche Aufwertung nach sich ziehen musste. Aber gleichermaßen wurde auch die Notwendigkeit unumstritten anerkannt, den Schutz der eigenen Bevölkerung und kritischer Infrastruktur sicherstellen zu müssen. Diesbezüglich wurde bereits im Jahr 2018 mit der Konzeption der Bundeswehr die Territoriale Flugkörperabwehr zur Dauereinsatzaufgabe erklärt – der auf 360 Grad ausgerichtete Schutz vor weitreichenden ballistischen Raketen 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche an 365 Tagen!

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und das damit einhergehende tragische Leid der Zivilbevölkerung durch die massiven Angriffe aus der dritten Dimension unterstreichen die Bedeutung und führen uns die Notwendigkeit einer umfassenden bodengebundenen Luftverteidigung – elementar für den Schutz der Bevölkerung, der kritischen Infrastruktur und zum Erhalt der eigenen Operationsfreiheit – täglich vor Augen.

In den vergangenen Dekaden hat sich das Bedrohungspotenzial aus der Luft erheblich gewandelt. Dieses reicht bei Kräften und Mitteln von „sehr hoch und sehr schnell“ bis „sehr klein, sehr langsam und sehr viele“. Auch wenn der Einsatz von Drohnen, sogenannten Unmanned Aircraft Systems, unterschiedlicher Größenordnungen, wie uns der aktuelle Krieg in der Ukraine derzeit nahezu täglich leidvoll ins Bewusstsein führt, einen enormen Anstieg erfahren hat und mit der Entwicklung von Hyperschallwaffen weitere Technologien an Relevanz gewinnen, ist aufgrund der Vielfalt des Bedrohungspotenzials eine Reduzierung auf „eine Hauptbedrohung“ weder sinnvoll noch möglich. Die bodengebundene Luftverteidigung muss schnell befähigt werden, in allen Abfangschichten – Luft und Weltraum – gegen das gesamte Bedrohungspotenzial wirken zu können. Dieses reicht von klassischen Kampfflugzeugen und Hubschraubern, über Marschflugkörper, Drohnen unterschiedlicher Größenklassen, Raketen, Artillerie und Mörsern bis hin zu modernen und reichweitengesteigerten ballistischen Raketen und Hyperschallwaffen.

Dies stellt die bodengebundene Luftverteidigung vor große Herausforderungen, da hierfür sowohl qualitative als auch quantitative Anpassungen vorgenommen werden müssen. Die bereits im Jahr 2021 eingeleitete Modernisierung der PATRIOT-Einheiten, die Beschaffungsvorhaben aus dem Sondervermögen der Bundeswehr - hier insbesondere die Beschaffung des Arrow Weapon Systems for Germany (AWS-G), des Waffensystems IRIS-T SLM und das Luftverteidigungssystem Nah- und Nächstbereichsschutz (LVS NNbS) – sowie die durch Deutschland initiierte European Sky Shield Initiative (oder kurz ESSI) bilden hierfür die wesentlichen Grundlagen.

Mit dem Einstieg in die Territoriale Flugkörperabwehr erlangt die Luftwaffe erstmals die Fähigkeit zur Bekämpfung von anfliegenden ballistischen Raketen und damit die Möglichkeit, den Schutz des gesamten Territoriums Deutschlands und unserer Bevölkerung nebst der hierin enthaltenen kritischen



Infrastruktur vor dieser potenziellen Bedrohung zu gewährleisten. Mit der Fähigkeit einhergehend erlangt die Luftwaffe auch die Möglichkeit zur Frühwarnung der Bevölkerung – ein wichtiger Faktor in der Kette des ressortübergreifenden Zivilschutzes. Finanziert aus dem Sondervermögen der Bundeswehr rüstet die Bundeswehr das AWS-G mit dem Lenkflugkörper des Typs Arrow 3. Dieser Lenkflugkörper wirkt im exo-atmosphärischen Bereich, also in einer Abfanghöhe oberhalb von 100 km. Für die Ausrichtung des Systems werden potenzielle Bedrohungen aus „360°“ betrachtet, die von Land, aus der Luft, aber auch von See (auch von U-Booten) aus gestartet werden können. Ziel ist, eine Anfangsbefähigung mit diesem System bereits im Jahr 2025 herzustellen. Verglichen mit herkömmlichen Rüstungsprojekten bewegt sich dieses Projekt damit in atemberaubender Geschwindigkeit. In allen Bereichen, bspw. der Infrastruktur, Erarbeitung der Einsatzgrundlagen, Auswahl und Training des Personals, wird durchgängig seitens der militärischen, zivilen und industriellen Partner Hand in Hand zusammengearbeitet und bei sich stellenden Herausforderungen werden auch unkonventionelle Vorgehensweisen und Lösungen gefunden, um den Zeitplan einzuhalten. Dieses Rüstungsprojekt ist seit Beginn an im Zeitplan und in der Vorgehensweise aller ein deutliches Beispiel der Zeitenwende.

Das mittlerweile in die Jahre gekommene und nicht mehr in Gänze den aktuellen Anforderungen gerecht werdende leichte Flugabwehrsystem wird dem LVS NNbS weichen. Das neue System wird im Wesentlichen aus einer Mittelbereichskomponente und einer hochmobilen gepanzerten Nächstbereichskomponente bestehen. Ergänzt wird es durch eine Befähigung zur Wirkung gegen small Unmanned Aircraft Systems sowie gegen Raketen, Artillerie und Mörser. Damit erfolgt der dringend benötigte Fähigkeitsaufwuchs im Bereich kurzer und mittlerer Reichweite. Ohne einen solchen Systemverbund als „System aus Systemen“ sind insbesondere der Schutz von Landoperationen und der Schutz wichtiger Infrastruktur kaum möglich. Mit der beschlossenen Verortung der hochmobilen

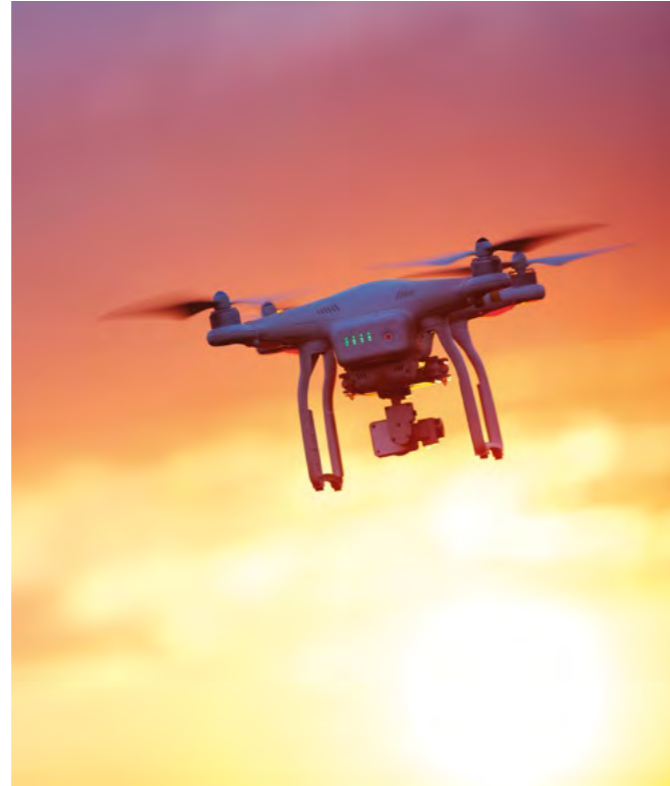


Foto: Shutterstock

Systeme beim Heer und der Systeme zum Schutz im Nahbereich bei der Luftwaffe ergänzen sich die Expertisen des Heeres bei der Durchführung von beweglich geführten Landoperationen und die der Luftwaffe für den Einsatz im Rahmen der Integrierten NATO-Luftverteidigung auf der taktischen Ebene. Der Entwicklungsvertrag für dieses „System aus Systemen“ wurde Anfang des Jahres 2024 geschlossen. Auch der im Zuge dieses Projektes erfolgte Entschluss des Heeres, die Heeresflugabwehrtruppe wiederaufzubauen und auch weitere Aufgaben in der bodengebundenen Luftverteidigung wieder zu übernehmen, ist angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklungen folgerichtig.

Da LVS NNbS in Teilen noch auf zu entwickelnden Komponenten basiert, wird im Rahmen des Sondervermögens der Bundeswehr eine Beschaffung von sechs Waffensystemen IRIS-T SLM umgesetzt. Auch bei diesem Beschaffungsvorhaben erfolgt die Einführung in sehr hoher Geschwindigkeit. Nach dem Vertragsschluss im Jahr 2023 konnte bereits am 04. September 2024 das Personal der

Die Autoren

Oberst i. G. Dennis Krüger ist Beauftragter, Major Thomas Finkeldey stellvertretender Beauftragter des Inspektors der Luftwaffe für die Projekte der bodengebundenen Luftverteidigung im Kommando Luftwaffe.

ersten Feereinheit nach der entsprechenden Ausbildung die Initial Operational Capability erreichen. Eine herausfordernde Aufgabe, die die Flugabwehrraketengruppe 61 mit Bravour innerhalb kürzester Zeit und noch parallel bestehender Verpflichtungen geleistet hat. Mit den weiteren zeitnahen Systemzuläufen erzielt die Luftwaffe einen erheblichen quantitativen, qualitativen und vor allem schnellen Fähigkeitsaufwuchs. Dieses System ist zudem ein zentraler Bestandteil der ESSI und soll durch die gemeinsame Beschaffung mit europäischen Partnern weitere Synergieeffekte im gemeinsamen Einsatz sowie im Bereich der Ausbildung erzielen, sodass insgesamt der europäische Pfeiler der NATO-Luftverteidigung erheblich gestärkt wird.

Die Bundeswehr wird auch weiterhin umfangreich in das Rückgrat unserer Luftverteidigung – dem Waffensystem PATRIOT – investieren. Im Jahr 2024 hat die Bundeswehr den Kauf von weiteren PATRIOT-Feereinheiten im modernsten Rüstzustand unter Vertrag genommen, die ebenfalls in kürzester Zeit die bestehende Flotte ergänzen. Diese wird zudem auch den modernsten Rüstzustand angepasst. Mit den laufenden und zukünftigen Modernisierungen bleibt das Waffensystem PATRIOT bis weit

in die 40er-Jahre eines der modernsten und leistungsstärksten Systeme zur Luftverteidigung in Europa. Damit einhergehend werden auch die Voraussetzungen für den Erhalt und die Verbesserung der multinationalen Interoperabilität und damit dem Einsatz im multinationalen Verbund geschaffen.

Grundsätzlich wird jedoch keine Nation allein über ausreichende Fähigkeiten im Bereich der bodengebundenen Luftverteidigung verfügen. Daher wurde durch Deutschland die ESSI zur rapiden Stärkung insbesondere des europäischen Pfeilers der NATO-Luftverteidigung ins Leben gerufen. Die Erhöhung der Sicherheit der NATO und Europas soll u.a. erreicht werden durch: die Beschaffung marktverfügbarer Luftverteidigungssysteme zur Schließung zeitkritischer Fähigkeitslücken, das Einsparen und Bündeln von Ressourcen durch Schaffung von industriellen, wirtschaftlichen und technologischen Synergien und die Erhöhung von Interoperabilität durch gemeinsame Beschaffung gleicher bzw. zumindest kompatibler Systeme.

Über die ESSI eröffnet sich auch die Möglichkeit, operationelle Potenziale zu erschließen. Die Luftwaffe verfolgt u. a. die Realisierung einer gemeinsamen europäischen Ausbildung. Anstatt Doubletten in Ausbildungsstrukturen in Europa zu kreieren, besteht die Möglichkeit der Multinationalisierung unserer Ausbildungseinrichtung, die wir auch für das Waffensystem IRIS-T SLM in Deutschland vorgesehen haben, bei der sich unsere Partner mit Expertise mit einbringen, sowie die Öffnung weiterer Trainings am Ausbildungszentrum FlaRak für unsere Partner.

Zu diesem Zweck hat der Inspekteur der Luftwaffe Anfang September 2023 die ESSI AIR CHIEFS nach Deutschland eingeladen, um dieses Vorhaben – das EUROPEAN AIR AND MISSILE DEFENSE TRAINING CENTER – vorzustellen. Die weitere Ausgestaltung befindet sich in der Umsetzung.

Insgesamt werden die Fähigkeiten der bodengebundenen Luftverteidigung der Bundeswehr quantitativ und qualitativ deutlich verbessert sowie auf die Herausforderung der Zukunft ausgerichtet und die Möglichkeiten des Wirkens gemeinsam mit multinationalen Partnern im Verbund erheblich gestärkt. ■

Zurück in die Zukunft der Landes- und Bündnisvertei- digung

Soldatinnen und Soldaten sind Experten in Lösungsorientierung und Flexibilität, bewährt in Auslandseinsätzen und Krisenbewältigung. Mit der Fokussierung auf Landes- und Bündnisverteidigung wird diese Denkweise entscheidend. Doch der akute Personalmangel und die Notwendigkeit, Reservisten auszubilden, stellen große Herausforderungen dar.

Text: Thomas Schwappacher



Foto: Shutterstock

Soldatinnen und Soldaten – vermutlich mehr als andere Berufsgruppen – sind es gewohnt, in Lösungen zu denken und weniger in Problemdarstellungen. Flexibilität – Zielerreichung auf der Grundlage der verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen – zeichnet die Soldatinnen und Soldaten aus. Dies haben sie in den Einsätzen der vergangenen Jahre im Ausland, bei der Unterstützung zur Bewältigung von Naturkatastrophen, aber auch im Ausbildungs- und Friedensbetrieb bewiesen. Da Lösungsorientiertheit zur DNA der Soldatinnen und Soldaten gehört, wird dieses Prinzip auch bei der Schwerpunktverlagerung der Aufgaben der Bundeswehr hin zur Landes- und Bündnisverteidigung leitend sein. Grundlage dafür ist ein ausgeprägtes Leben des Prinzips der Inneren Führung – nicht die Theorie des Prinzips steht dabei im Vordergrund, sondern die tägliche Anwendung in der Praxis ist das Wesentliche. Der Blick auf eine strukturelle Optimierung der Bundeswehr mit Blick auf Landes- und Bündnisverteidigung darf nicht dazu führen, dass das Leben und Erleben der Inneren Führung vernachlässigt wird.

Soldatinnen und Soldaten denken mit Blick auf das Agieren im Sinne ihres Glaubens in Gemeinsamkeiten. Sie wissen um die Unterschiedlichkeiten in den Glaubensgrundlagen mit Auswirkungen auf das Leben ihres Glaubens.

Soldatinnen und Soldaten sind es gewohnt, lösungsorientiert zu denken und flexibel auf Herausforderungen zu reagieren.

Im Vordergrund stehen aber die Gemeinsamkeiten – das Leben des Glaubens in ökumenischen und interreligiösen Zusammenhängen. Dieser Ansatz hilft, Sorgen und Herausforderungen gemeinsam zu tragen und zu ertragen. Das Üben, das Einüben, das Leben dieses Prinzips hilft beim Tragen von verschiedenen Situationen, die auch besondere Herausforderungen des Soldatseins ausmachen; Trennung von der Familie über lange Zeit bis hin zu denkbaren Situationen im Einsatz, bei denen es um Leben und Tod geht. Dies wird auch mit Blick auf Landes- und Bündnisverteidigung tragend sein.

Mit Blick auf strukturelle Anpassungen kommt deshalb auch der strukturellen Stärkung der Militärseelsorge eine hohe Bedeutung zu. Soldatinnen und Soldaten stehen in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat. Das Verschieben des Schwerpunktes des Auftrages zur Landes- und Bündnisverteidigung ist nicht nur eine gedankliche Veränderung bei Soldatinnen und Soldaten; sie bedeutet auch eine Anpassung von Strategie und Taktik. Diese Anpassung findet auf dem Papier statt und ist deshalb dem Grunde nach kostenneutral. Anpassungen sind erforderlich, auch mit Blick auf Ausrüstung, Ausstattung, Infrastruktur und Personal.

Auf Grundlage des besonderen Treueverhältnisses, das auch für den Staat gegenüber den Soldatinnen und Soldaten gilt, erwarten die Soldatinnen und Soldaten zu Recht, dass diese Anpassungen qualitativ und quantitativ gemessen an der Notwendigkeit zeitgerecht erfolgen. Ohne zu sehr ins Detail gehen zu wollen, müssen dennoch die folgenden Punkte angesprochen werden: Gemessen an dem vor vielen Jahren festgestellten Bedarf von 203.000 Soldatinnen und Soldaten fehlen seit geraumer Zeit mehr als 20.000 Zeit- und Berufssoldaten. Bereits heute müssen die Aufgaben, für die 203.000 Personen benötigt werden, von 180.000 Personen bewältigt werden. Das führt zu Mehrarbeit oder im Rahmen von Priorisierungen bleiben Aufgaben liegen.

Mehrfach wurde in den vergangenen Jahren durch Sonderaktionen – zuletzt durch die Task Force Personal – versucht, das Defizit zu füllen – bisher ohne durchschlagenden Erfolg. Ob mit Blick auf die demografische Entwicklung die Deckung des Fehlbestands grundsätzlich möglich sein wird, bleibt offen. Nun wird davon gesprochen, dass angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Russland der Aufbau weiterer Kräfte notwendig sein wird. Auch eine denkbare Aufgabenverlagerung innerhalb der NATO – nicht zuletzt durch den Präsidentenwechsel in den USA – könnte einen zusätzlichen Bedarf an Personal erfordern.

Dieses Personal wird nicht nur auf dem Papier benötigt, sondern in Realität. Nur verfügbares und ausgebildetes Personal wird abschreckend wirken. Soldatinnen und Soldaten werden daran die Glaubwürdigkeit derjenigen messen, die politisch Verantwortung tragen.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die Durchhaltefähigkeit anzusprechen: Die Anzahl der ausgebildeten und in Übung gehaltenen Reservistinnen und Reservisten muss gesteigert werden. Politisch wird über eine Reaktivierung der Wehrpflicht bis hin zur Wandlung in eine Dienstpflicht nachgedacht. Nach wie vor werden diese Ideen sowohl im politischen Bereich als auch in der Gruppe der Betroffenen unterschiedlich diskutiert. Viele Soldaten vermissen dabei, dass von den Verantwortungsträgern dargestellt wird, welche Konsequenzen die Nichtumsetzung der Überlegungen zur Stärkung der Reserve hat. Jetzt zeigt sich, welche Konsequenzen

es hat, dass bei der Aussetzung der Wehrpflicht keine Vorkehrungen getroffen wurden für den Fall einer Wiedereinführung; nicht einmal gedanklich scheinen hier hinreichende Vorbereitungen getroffen worden zu sein.

Dies hat Konsequenzen mit Blick auf die Zeit, die notwendig sein wird, um Wehrrfassung, Musterung und Ausbildung wieder aufzubauen, bis die benötigte Anzahl an Reservisten zur Verfügung steht. Für die Durchführung dieser Aufgaben wird zusätzliches aktives Personal benötigt, das in den Personalumfängen – militärisch wie zivil – bisher nicht abgebildet ist. Auch wird zusätzliche Infrastruktur im Bereich der Ausbildung benötigt werden; ganz abgesehen von Ausbildungsmaterial.

All dies ist eine große Herausforderung, die nicht einfach aus dem Boden gestampft werden kann. Realistische Pläne müssen schnell erarbeitet werden, damit schnell eine durchhaltetfähige Abschreckung in der Verteidigungsfähigkeit abgebildet werden kann.

Zusätzliches aktives sowie Reservepersonal wird finanzielle Mittel binden; Mittel, die auf Dauer verlässlich bereitgestellt werden müssen. Die Bereitstellung dieser finanziellen Mittel wird nur möglich sein, wenn argumentativ eine Priorisierung gegenüber der Bevölkerung dargestellt werden kann, um deren Einsicht in diese Maßnahmen zu erhöhen.

Über die Bereitstellung von Material ist in den letzten Monaten viel öffentlich gesprochen worden; es geht um Ausrüstung, bei deren Fehlbestand aufgrund nicht durchgeführter Beschaffungen (Schieben und Strecken) in den vergangenen Jahrzehnten ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Zur Schließung dieser Lücken war ein 100-Milliarden Euro-Sondervermögen beschlossen worden; von Anfang an war klar, dass dieses Sondervermögen nicht reichen würde, um alle Fehlbestände zu beschaffen. Hinzu kam zudem noch: Die Ausstattung der Bundeswehr wurde in den vergangenen Jahren im Zuge der Ausrüstungshilfe für die Ukraine reduziert; auch die Abgabe von Verbrauchsmaterial hat sich negativ auf Einsatzbereitschaft sowie Durchhaltetfähigkeit ausgewirkt. Die Lieferung von Ersatz ist nicht in allen Fäl-



Foto: Shutterstock



Foto: Shutterstock

Gemessen an dem vor Jahren festgestellten Bedarf von 203.000 Soldatinnen und Soldaten fehlen seit geraumer Zeit mehr als 20.000 Zeit- und Berufssoldaten.

len finanziell hinterlegt; geschweige denn ist gesichert, wann genau dieser Ersatz geliefert wird.

Die Aussagen zur Vollaussattung der Division 2025 sowie zur Ausstattung der Brigade Litauen sind sehr unterschiedlich; aus Sicht aller unmittelbar betroffenen Soldatinnen und Soldaten sind sie daher nicht geeignet, das Vertrauen in den Willen politisch Verantwortlicher zu stärken. Es kann nicht nachvollziehbar dargestellt werden, wie das Fehlvolumen gedeckt werden soll, um unsere Verteidigungsfähigkeit hinsichtlich unserer Aufgaben zur Landes- sowie Bündnisverteidigung bis zu einem definierten Zeitpunkt vollständig sicherzustellen.

Die Politik kann nicht immer zumindest bei Beschäftigten innerhalb unserer Bundeswehr deren Erwartungshaltung nachvollziehbar erfüllen; dies könnte langfristig negative Auswirkungen auf Motivation sowie Nachwuchsgewinnung haben, da materielle Ausstattung einen Teil beruflicher Zufriedenheit darstellt.

Diese Erwartungshaltung richtet sich jedoch nicht allein an unsere Regierung; sie richtet sich ebenso an unser Parlament, denn dieses stellt gemäß Grundgesetz finanzielle Mittel bereit. „Ihr seid verantwortlich!“ ist deshalb eine Forderung aller Soldatinnen sowie Soldaten an unser gesamtes Parlament.

Interessenvertretungen wie unser Deutscher Bundeswehrverband geben uns im Parlament eine Stimme; sie verdeutlichen Abgeordneten aller Fraktionen sehr konkret deren Verantwortung. Diese Verantwortung bedeutet ebenfalls, dass hinsichtlich anderer Politikfelder verfügbare Ressourcen angemessen verteilt werden müssen.

Der Anspruch all unserer Soldatinnen sowie Soldaten besteht darin, dass bei Entscheidungen sowohl Für als auch Wider sowie jeweilige Konsequenzen deutlich angesprochen werden müssen; Abgeordnete müssen sich dessen bewusst sein!

Weniger Geld für Verteidigungs- sowie Sicherheitsaufgaben bedeutet weniger Geld – hierbei sollte weniger gemessen an Forderungen seitens Interessenvertretungen, sondern vielmehr weniger Geld gemessen an Forderungen unseres Ministers sowie militärischer wie politischer Führung des Ressorts betrachtet werden!

Das Parlament darf dies keinesfalls schöneredet sehen! Es muss deutlich gemacht werden, dass Entscheidungen unter Berücksichtigung aller Folgen getroffen wurden – dies dürfen wir alle zu Recht erwarten! Über diese Konsequenzen muss jedoch nicht nur innerhalb von Fachkreisen gesprochen werden – es muss öffentlich darüber gesprochen werden!

Die gesamte Bevölkerung hat Anspruch darauf, informiert zu werden über Konsequenzen eines erhöhten oder reduzierten Ressourceneinsatzes für Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik.

Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik umfasst weit mehr als Ausrüstung oder Ausstattung unserer Bundeswehr – dazu gehören ebenfalls Ressourcen ziviler Verteidigung einschließlich Schutz kritischer Infrastruktur sowie medizinische Versorgung unserer Bevölkerung, während Krisen oder Verteidigungsfällen! Die Bilder aus aktuellen Kriegsgebieten geben einen Eindruck dessen, was notwendig ist! Manch einer glaubt, vor einer schier unlösbaren Herausforderung zu stehen – Verträge sowie unbelegte Zusagen belasten uns alle! Wir erwarten Ehrlichkeit seitens all jener, welche politische Verantwortung tragen! Zusagen gegenüber Partnern sowie der NATO müssen ebenfalls für uns nachvollziehbar sein – nur so kann Vertrauen aufgebaut werden, welches notwendig ist, damit wir alle bereit sind, unseren Auftrag hinsichtlich Landes- sowie Bündnisverteidigung erfüllen zu können! ■

Der Autor



Foto: Thomas Schwappacher

Stabsfeldwebel Thomas Schwappacher ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes.



Rezensionen

Wie Demokratien sterben

Buch

In ihrem aufschlussreichen Werk „Demokratien sterben mit einem Knall oder mit einem Wimmern“ beleuchten die Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt die oft übersehenen, schleichenden Prozesse, die zur Erosion demokratischer Systeme führen. Während das plötzliche Ende einer Demokratie durch Putsch oder Revolutionen dramatisch und medienwirksam ist, geschieht der langsame Verfall meist unbemerkt im Alltag – ein gefährlicher Zustand, der Bürger oft erst dann alarmiert, wenn es bereits zu spät ist.

Wie Demokratien sterben
Steven Levitsky,
Daniel Ziblatt
22 EUR
DVA



Macht im Umbruch

Buch

Wir alle spüren, dass Deutschland eine Macht im Umbruch ist, ein Land, das tiefgreifende Veränderungen erfährt. Was bedeutet der Wandel der Welt für das Selbstverständnis Deutschlands, vor welchen Herausforderungen stehen wir, und was müssen die Deutschen jetzt tun, um nicht abgehängt zu werden, sondern aktiv gestalten zu können, sowohl innen- als auch außenpolitisch?

Herfried Münkler kreist die neuralgischen Punkte der deutschen Politik ein und entwirft hellsichtig eine Strategie für das künftige Agieren. Die Frage nach der neuen Rolle Deutschlands wird wesentlich davon abhängen, ob es dem größten Land in der Mitte Europas gelingt, seine ökonomische, politische und kulturelle Macht so einzusetzen, dass ein Auseinanderfallen Europas verhindert werden kann. Hierfür sind nicht nur

Macht im Umbruch
Herfried Münkler
24,99 EUR
Rowolt

grundlegende Reformen dringend nötig, Deutschland und die EU müssen sich auch als widerstandsfähig gegen Russland, selbstbewusst im Umgang mit China und, falls es nötig werden sollte, als unabhängig von den USA erweisen.

Eine tiefeschürfende, richtungsweisende Analyse, die zeigt, wie Deutschlands Rolle neu gedacht werden kann und muss, wenn Europa sich im 21. Jahrhundert im Spiel der großen Mächte behaupten möchte.



Über Mut

In einer Zeit, in der Kriegstreiber und neurechte Nationalisten das politische Klima vergiften, erhebt sich Rita Süßmuth, die Grand Dame der deutschen Politik, mit einem eindringlichen Appell. In ihrem letzten Buch fragt sie provokant: Warum ducken wir uns vor den Mächtigen? Wo ist der Mut geblieben, der Deutschland nach dem Wiederaufbau prägte?

Süßmuths Worte sind nicht nur eine Rückschau auf vergangene Werte, sondern ein leidenschaftlicher Aufruf an alle Demokraten, sich zu erheben und für unsere Prinzipien einzustehen. Sie beleuchtet das Zögern und Zaudern unserer Politiker und fordert uns auf, die Werte zu verteidigen, die unser Land stark gemacht haben.

Mit klaren Gedanken und einer unerschütterlichen Überzeugung zeigt sie Wege auf, wie wir unsere Demokratie aktiv gestalten können. Ihr Buch ist nicht nur informativ, sondern auch einladend – es ermutigt jeden Einzelnen von uns, Teil des Wandels zu sein.

Rita Süßmuth lässt keinen Raum für Resignation; sie inspiriert dazu, den Mut zurückzugewinnen und aktiv für eine gerechte Gesellschaft einzutreten. Ein Muss für alle, die an die Kraft der Demokratie glauben und bereit sind, für ihre Werte zu kämpfen!

Über Mut
Vom Zupacken, Durchhalten und Loslassen
Rita Süßmuth, Christoph Fasel
18 EUR
Bonifatius



Leben und Sterben – Die großen Fragen ethisch entscheiden

Buch

In ihrem neuen Buch „Leben und Sterben“ bietet Alena Buyx, ehemalige Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, einen klaren Überblick über die komplexen ethischen Fragestellungen rund um Geburt, Krankheit und Sterben. Als Professorin für Ethik der Medizin an der Technischen Universität München beleuchtet sie Themen wie Reproduktionsmedizin, Künstliche Intelligenz in der Gesundheitsversorgung und Sterbehilfe. Buyx vermittelt praxisnahe Einblicke durch Fallbeispiele aus Krankenhäusern und Hospizen.

Sie betont die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts der Patienten sowie das Prinzip des Nichtschadens. Besonders differenziert geht sie auf die aktive Sterbehilfe ein: Obwohl sie diese als ethisch begründbar erachtet, warnt sie vor den gesellschaftlichen Drucksituationen, die damit einhergehen könnten.

„Leben und Sterben“ ist eine wertvolle Lektüre für alle, die sich mit den großen Fragen des Lebens auseinandersetzen möchten.

Leben & Sterben
Die großen Fragen ethisch entschieden
Alena Buyx
24 EUR
S. Fischer Verlag



SIE SIND GEFRAGT

WIE WÜNSCHT DU DIR DEINE GKS?

Gemeinsam die Zukunft der GKS gestalten!

Im Mai 2025 starten wir mit Brainstorming-Sitzungen in den Bereichskonferenzen West und Süd, um Ideen und Handlungsfelder zu entwickeln. Alle Mitglieder sind eingeladen, sich aktiv zu beteiligen und ihre Vorschläge einzubringen.

Das ist das Motto, unter dem wir uns gemeinsam Gedanken über die Zukunft unseres Verbandes machen wollen. Der Anstoß dazu kam durch einen Beschluss der Bundeskonferenz im November 2024. Der Bundesvorstand hat den Sachausschuss Kommunikation mit der Durchführung beauftragt. Wir beabsichtigen, in einem breit angelegten Ansatz jedem interessierten Mitglied der GKS die Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Dazu wird es zunächst im Mai 2025 in den beiden Bereichskonferenzen West und Süd ein Brainstorming geben, in dem mögliche Handlungsfelder identifiziert werden. Diese beiden Durchgänge werden durch den Sachausschuss Kommunikation vorbereitet und vor Ort durchgeführt. Methodik und Inhalt des Brainstormings werden dokumentiert und den Bereichen in einem Infopaket zur Verfügung gestellt, sodass diese in Eigenregie weitere Durchgänge, z. B. in den Kreisen, durchführen können. Alle Ergebnisse werden gesammelt und in Themenfeldern zusammengefasst. Zu den Themenfeldern wird dann jeweils eine Workshop-Reihe aufgesetzt, an denen sich interessierte Mitglieder beteiligen können. Diese Beteiligung wird

auch remote via Videokonferenz ermöglicht. Am Ende des gesamten Prozesses sollen konkrete Vorschläge zur zukunftsfähigen Aufstellung der GKS stehen. Wir wollen dabei bewusst völlig ergebnisoffen und ohne Scheuklappen vorgehen. Den Gedanken wollen wir freien Lauf lassen. Jede Idee zählt; es gibt zunächst kein „Richtig“ oder „Falsch“, das ist der Grundsatz eines Brainstormings. Wir hoffen auf zahlreiche motivierte Menschen, die sich mit uns auf den Weg begeben, die GKS zu modernisieren und zukunftsfähig aufzustellen. Nehmen Sie bitte an dem Brainstorming Ihres Bereichs bzw. Kreises teil und melden Sie dort ggf. auch Ihr Interesse an bestimmten Workshops bzw. Themen an. Wir freuen uns auf eine gute, lebhaft und gewinnbringende Zusammenarbeit für unsere Gemeinschaft! Und wir halten Sie regelmäßig auf dem Laufenden – hier im AUFTRAG, aber auch über unsere Homepage.

Ihr Marian Schiebelski
Leiter Sachausschuss Kommunikation

IMPRESSUM

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:

Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

ISSN: 1866-0843

REDAKTION:

Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:

Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:

Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:

Königsdruck Printmedien und
digitale Dienste GmbH
Alt Reinickendorf 28
13407 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:

10. April 2025